

Wochenblatt

Wochenchrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginschel u. Dr. Franz Lüdke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund e.V., Wn.-Charlottenburg 2

Erscheint wöchentlich, einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1,50 M., Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenspreis: Für jeden Millimeter Höhe der Spalte, Zeile 20 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluss an den Text auf Textbreite 1,20 M.

Nr. 9.

Berlin, 26. Februar 1932.

13. Jahrg.

Inhalt: §. 7: Die „moralische“ Abrüstung. / §. 8: Militärische Übungen der Panzerpolen. — Verteidigung des deutschen Privatwirtschafswesens in Polen. / §. 9: Festsetzung der Wertmengen. — Lebensunterhaltung zur Weltreise. / §. 10: Wirtschaftswissenschaftliche Zeitschriftenverträge. — Der dem Abrüstung der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhältnisse. / §. 11: Chinesische Wirtschaftskontrollen mit Polen. — Von Straßburger zu Posen. — Seine ausländischen Vorkämpfer. / §. 12: Aufhebung des nationalsozialistischen — Zeitungs Verbots für politische Propaganda. — Besetzung als Sonderaktion des internationalen Handels. / §. 13: Die Ruhr geistigsten „Juden-Pöbeln“. — 38 000 Betriebe im Erlösungsbesitz. — Wieder eine neue Arbeitsverteilung. — Forderungen der ostdeutschen Handwerkerkammern. / §. 14: Bundesnachrichten. — Bundesarbeit. / §. 15: Dienstanmeldungen.

Die „moralische Abrüstung“

In Polen hat man die Abrüstungskonferenz von Anfang an nicht übermäßig ernst genommen; man hat sich darauf verlassen, daß die Konferenz mit französischer Hilfe zu keinem praktischen Ergebnis kommen werde, und man wartet jetzt mit unerschütterlicher Ruhe darauf, daß sie im Zusammenhang mit den Neuwahlen in Deutschland und Frankreich für längere Zeit unterbrochen, wenn nicht gar ganz aufgegeben wird. Man ist bereit, einer „beugbaren“ Abrüstungsmethode zuzustimmen, weil man weiß, daß Polen dabei mit seinen billigen Soldaten im Vergleich zu Deutschland, das ein teures Berufsheer unterhalten muß, gut abkommen würde. Man hat sich auch für den französischen Vorschlag einer **Völkerbundsarmerie** als Bundesgenosse und Interferent pflichtmäßig begeistert. Schließlich hat man auch eigene Vorschläge für die Abrüstung gemacht. Darin ist allerdings mit keinem Wort von einer Verminderung des Kriegsmaterials, einer Herabsetzung der aktiven oder passiven Heeresstärke oder auch nur

Schulbücher bezüglich der nationalpolitischen Propaganda revidiert wurden, der Völkerbunds-Unterricht eingeführt und der Gedanke der internationalen Friedensbündnisse Zusammenarbeit der Völker in den Schulunterricht aufgenommen wurde. Weiter ist jetzt die polnische Regierung vor, daß sich alle Regierungen verpflichten sollen, jede gäblich die Propaganda durch Cheetor, Kino und Rundfunk zu verbieten. Kurzum: Es soll beschloffen werden, daß auf der alten Erde in Zukunft holdes Friede herrscht und süße Eintracht mailet.

Man weiß nicht recht, ob man diesen polnischen Vorschlag als eine Verhöhnung der anderen Staaten oder als einen Akt unerschütterlicher Komik auffassen soll. Gutes wirkt es jedenfalls, daß angesehen wird, Polen sich dazu berufen fühlt, solche Vorschläge zu machen, da aus der Tatsache, daß es sich um Befürworter der moralischen Abrüstung aufweist, hervorzuheben scheint, daß es sich selbst schon für „moralisch abgerüstet“, also für sittlich berechtigt hält, gegenüber den mehreren Hundend anderen Staaten den moralischen Vorkämpfer zu spielen. Die Polen scheinen noch immer nicht bemerkt zu haben, daß sie ihr moralisches Kapital, das sie in den 150 Jahren ihrer Staatenlosigkeit mit Hilfe einer ebenso verlogenen wie sentimental Propaganda im Ausland aufgespeichert hatten, schon im ersten Jahrzehnt ihrer staatlichen Selbständigkeit nahezu restlos aufgebraucht haben, und daß ihr moralischer Kredit im Ausland heute nicht mehr dazu ausreicht, sie als ernsthaftes Mitglied und Vorkämpfer einer „moralischen Abrüstung“ erscheinen zu lassen; zumal sie offenbar der Auffassung sind, daß sich die Idee der von ihnen vorge schlagenen moralischen Abrüstung sehr wohl mit einer tatsächlichen Vermehrung des Rüstungsstandes vereinbaren läßt. Die Polen tun so, als ob es kein Berufsheer und kein Soldatenheer gegeben hätte, als ob ein Weltmarkenverein und ein Aufnahmeverband gar nicht beständen; sie tun so, als ob sich die Verfolgung der Minoritäten und die Hege gegen Deutschland verborgen vor dem Ausland hinter verschlossenen Türen abgespielt hätten. Während sie in Danzig III ihrer in Genf überreichten Vorschläge feststellen, daß sämtliche Vermittlungen in der Richtung der Organisierung des internationalen Gemeinschaftslebens vergeblich sein werden, wenn die Mentalität der Jugend nicht auf den Frieden als das höchste Gut eingestellt wird, und dementsprechend eine allgemeine Überprüfung der Schulbücher fordert, ob sie auch im Geiste der Völker-

Man hat vielmehr ganz richtig erkannt, daß man einer moralischen Abrüstung am besten dadurch aus dem Wege geht, daß man das ganze Problem, das einem in dieser Sache gegenüber ist, von der moralischen Seite ansieht. Schon im September v. J. hatte der polnische Außenminister zu Genf von der Notwendigkeit einer „moralischen Abrüstung“ gesprochen. Er hat jetzt auf der Abrüstungskonferenz seine dahingehenden Vorschläge erneuert.

Selbst ist jetzt vor, die nationale Selbstaufbau aller Staaten solle in der Richtung abgeändert werden, daß alle Propaganda, die die guten Beziehungen und den Frieden zwischen den Völkern fördern könnte, ferner die Erregung der öffentlichen Meinung, die Aufforderung zum Abschluß internationaler Verträge, die Vertretung selbsther oder mittelbarer Gerichte und aller Verträge, die die Beziehungen zwischen den Staaten begünstigen, durch internationales Abkommen verboten würden. Ferner ist jetzt die polnische Regierung vor, unverzüglich eine internationale Dreizehnerkonferenz einzuberufen, in der sich die Völker und Journalisten verpflichten sollten, für den Gedanken der moralischen Abrüstung auf der Grundlage der polnischen Vorschläge vom September 1931 einzutreten. Des weiteren soll durch ein internationales Abkommen eine grundlegende Revision des in allen Ländern festgesetzten werden, dahingehend, daß die



Douberc Josef Rinkke in Polen 1.
(Zeit. Neue Zeits. 1932.)

verrechnung abgesehen sind, stellen zu gleicher Zeit die Gemeinden und Kreisverwaltungen Polens ihren Etat für das neue Rechnungsjahr auf, wobei jede, auch die kleinste Gemeinde, auf wenn sie kaum die Mittel für die notwendigsten sozialen Aufwendungen aufbringen kann, bestimmte Beträge für die militärische Ausbildung der Jugend beizustellen muß. Ist es nicht für den Zweck in Danzig, die dortigen Besichtigten das internationale Verbot von Handlungen fordern, die zu den guten internationalen Beziehungen im Widerspruch stehen und für den Weltfrieden gefährlich sind, kündigen amtliche Vertreter der polnischen Zivil- und Militärbehörden bei der Jahr-Jahres-Feier der Beatrix Domus in Danzig den baldigen Einmarsch polnischer Truppen in die freie Stadt und in Ostpreußen an. Das scheint aber alles nicht unter dem Begriff der „moralischen Abrüstung“, die wie Jolecki in Genf gefordert hat, zu fallen. Dagegen will der polnische Außenminister natürlich die als die „ethische Abrüstung“ bezeichnete, die ein „moralisches Verbot“ gegen jede Sordung aufgelegt wissen. Was scheint überhaupt der eigentliche Sinn seines Vorschlages zu sein? Der deutschen Reichsbewegung soll ein Riegel vorgeschoben werden; Polen will unter dem Namen einer „moralischen Abrüstung“ zu einem Ostlozarno gelangen. Aber das Projekt hat in den angeführten Ländern, auf die Jolecki seine große Hoffnung setzte, wohl doch nicht den gewünschten Widerhall gefunden.

Der Vorschlag bleibt, wie man ihn auch betrachten mag, eine theoretische Spielerei mit der Moral: er bleibt ein kümmerlicher Versuch, eine Entwicklung der politischen Gedankenwelt rückgängig zu machen. Ist es nicht das Ziel der Weltöffentlichkeit mit ununterbrochener Notwendigkeit durchgesetzt: Es ist jetzt nicht mehr möglich, die Obergrenzen wieder zum Schmeigeln zu bringen; es ist nicht mehr möglich, jetzt noch so zu tun, als ob die Verfallener Obergrenzen von Dauer sein könnten. Um Grundes glaubt niemand mehr daran, daß man mit einem Ostlozarno noch den Grund-stand unerschütterlich machen könnte, den die „Friedensstifter“ von Versailles an den deutschen Olgrenzen aufgestellt haben. Um Grundes führt es jeder, daß es im Kampf um die Olgrenzen kein Zurück mehr gibt, daß es auf die Höhe der Olgrenzen gar nicht an, auf diesen unerschütterlichen Grundes, die bald niemand mehr zu befürworten mag, eine Auseinandersetzung vorbereitet, von deren Ausgang die fernere Entwicklung Europas abhängt.

Christler als diese „diplomatische“ Leute, die mit dem Projekt einer „moralischen Abrüstung“ in Genf guten Eindruck machen wüßten, sind die anderen, die sich nicht scheuen, es offen auszusprechen, daß es ihnen gar nicht auf die Wahrung der gegenwärtigen Grenzen, sondern auf die Er-

oberung weiterer deutscher Gebietsteile ankommt, die keine Heiß darauf machen, daß sie die Einerleibung Danzigs, die Wegnahme Ostpreußens und schließlich auch die Erreichung der Obergrenze als ihr Ziel und ihre Aufgabe betrachten. Viele andere sind es, die die öffentliche Meinung in Danzig bestimmen, weil sie es verstehen, die immer wieder Hochstufpunkte und die sorgsam gepflegte Deutschensinnlichkeit des polnischen Volkes zu nutzen, weil sie es verstehen, den Sicherheitsgedanken, von dem sich die amtliche Polen in seiner Politik leiten läßt, ins Militärjoch-Aggressiv umzuwandeln und aus der Korridorangelegenheit eine Ostpreußenfrage zu machen. Sie sind zur offenen Kampfmethe übergegangen. Sie lehnen eine Garantie der Berliner Grenzen ausdrücklich ab und behaupten, daß Polen sich erst dann wohl fühlen können, wenn es kein deutliches Ostpreußen mehr gibt. Dr. S.

Militärische Übungen der Danziger Polen.

Wie die „Ostpreußische Zeitung“ meldet, wurden am 21. Februar Mitglieder des Danziger polnischen Schützenverbands, eine Untergruppe der Großpolnischen Schützenorganisation, nach Szingen zu einer militärischen Gefehrsübung der Verbände der militärischen Vorbereitung“ beordert. Wie sich die Übung nach ein vom Schützenverband markierter Angriff Danziger Hillierenteil auf Szingen abspielte. Die Veranstaltung wurde geleitet von dem Chef der Militärabteilung der diplomatischen Vertretung Polens in Danzig, Oberst Rosner II. In ihrem Kommentar bemerkt die „Ostpreußische Zeitung“ mit Recht, daß hiermit ein neuer Beweis dafür erbracht ist, daß Polen keine Militärabteilung bei der amtlichen Vertretung in Danzig zur Aufstellung militärischer Maßnahmen im Korridor mitbraucht. Der polnische Schützenverband in Danzig, so erklärt das genannte Blatt weiter, sei der spezifisch verschleierte polnischen Organisation „Oriel“ eingegliedert und erhalte seine Stützung durch ehemalige Offiziere, die als Beamte im Dienst der polnischen Eisenbahndirektion, der polnischen Post und des polnischen Zollinspektors in Danzig stehen. Die Ausbildung der polnischen Schützen aus Danzig werde im Exerzierfeld und Schießstand in Szingen durchgeführt. Die Angehörigen der polnischen Schützenverbände müßten einen intensiven Offizierskurs durchmachen. Der Vorbespann werde aus aktiven Militärpersonen aus Straußen gebildet. Vor kurzem sei in Szingen ein Führerkurs beendet worden, wobei die polnischen Schützen sogar den Soldatenstil leisten mußten. — Alles deutet auf eine baldige militärische Aktion gegen die Danziger Selbständigkeit hin.

Gefährdung des deutschen Privatschulwesens in Polen.

Seit dem Entstehen des polnischen Staates ist in Polen keine öffentliche deutsche Schule mehr gegründet worden; dagegen sind zahlreiche deutsche Verbanntschulen aufgelöst worden; und zwar ist dieser Abbau des öffentlichen deutschen Schulwesens in einem Umfange erfolgt, der sich durch den systematischen Rückgang des deutschen Bevölkerungselementes infolge der Verdrängung keineswegs rechtfertigen läßt, was z. B. daraus hervorgeht, daß im Korridorgebiet nicht weniger als 66 v. H. der deutschen Kinder gezwungen sind, in polnische Schulen zu gehen. Angesichts dieser systematischen Verdrängung ihres öffentlichen Schulwesens sieht sich die deutsche Minderheit in Polen gezwungen, ihre besondere Aufmerksamkeit dem Ausbau eines privaten deutschen Schulwesens zuwenden. Aber sie tut schon bisher nur in sehr beschränktem Umfange die Möglichkeit, für die geschlossenen öffentlichen Schulen Ersatz in neuen Privatschulen zu schaffen. Zum Teil dieses an sich schon stark beschränkte Recht auf Privatschulen durch die neuen Schulreformgesetze noch weiter eingeschränkt worden.

Die deutsche Minderheit in Polen fordert bekanntlich im Sinne der Minderheitenbeschreibungen die Schulautonomie. Schulautonomie bedeutet, daß die Minderheit als Ganzes Rechtsträger ihres privaten Schulwesens wird und Privatschulen auf Grund ihrer eigenen Bedürfnisse errichten kann. Diese Grundforderung berücksichtigt das Schulreformgesetz nicht. Vielmehr erkennt dieses Gesetz lediglich eine einzelne Person als Rechtsträger einer einzelnen Privatschule an. Durch diese Hauptbestimmung des neuen Gesetzes, daß die Errichtung einer Privatschule an Personalkonjessionen gebunden ist, wird das deutsche Schulwesen in Polen insofern bedroht, als beim Erlöschen einer solchen Konjession durch Todesfall usw. das Recht der deutschen Minderheit auf ununterbrochene Schulung der Kinder bis zur Einholung einer neuen Konjession illusorisch gemacht wird. Erfürmert wird die Einholung der Konjession noch dadurch, daß nach einem Rundschreiben des Kuratoriums in Polen an die Schulinspektoren vom 25. Januar 1927 Anträge auf Privatschulkonjessionen nur am 1. März eines jeden Jahres für den Beginn eines Schuljahres (1. September) werden können. Darüber hinaus wird nicht innerhalb dieser Zeit erteilt werden, so daß abscheulich eine Unterbrechung des Unterrichts in einem Ausmaße von 1½ Jahren entsteht. Abgesehen hieron ist die Neuordnung des Privatschulwesens für die nationalen Minderheiten noch dadurch äußerst bedenklich, daß von der Einzelperson, die Rechtsinhaberin einer Privatschule ist, die Zustimmung der

„zuständigen Staatsbehörde“ verlangt wird, daß sie sich sowohl moralisch wie gegenüber dem Staate einwandfrei verhalten habe. Es ist also in das Verbleiben der „zuständigen Staatsbehörde“ gestellt, über die Einrichtung einer privaten Schule zu entscheiden. Und da nach der bisherigen polnischen Praxis derselbe sich gegenüber dem Staat nicht einmündig verhält, der sich zur Minderheit und ihren Rechten bekennt, ist klar, wie diese Bestimmung von der „zuständigen Staatsbehörde“ ausgelegt wird.

Unter diesen Umständen ist es selbstverständlich, daß die deutsche Minderheit gegen dieses Gesetz Stellung nehmen und der in Genf anhängigen Schulbeschwerte eine neue hinzufragen muß. Die polnischen Behörden können mit Hilfe dieses Gesetzes, das jede beliebige Auslegung in minderheitensfeindlichem Sinne zuläßt, Schulkonjessionen erteilen oder verweigern. So, sie haben es laut Artikel 12 des Sekretariatsbeschlusses Jager in der Hand, die heute bereits bestehende deutschen Privatschulen erneuern, daraufhin nachzutreten, ob sie „die vorgezeichneten Bedingungen“ erfüllen. Da eine solche Schule, die den „vorgesehenen Bedingungen“ nicht entspricht, zweifellos geschlossen werden wird, so ist der Willkür für und Corgeoffizium, zumal es sich bei dem Gesetz nur um ein Nominationsgesetz handelt, dessen Ausführungsbestimmungen durch den Unterrichtsminister erlassen werden. Es ist nur recht und billig, wenn wir fordern, daß die preussische Ministerialpolitik diesem polnischen Vorbehalt entgegenstehe. Die polnische Minderheit in Danzig verlangt tagtäglich, daß ihr dieselbe „Gülle von Rechten“ gewährt wird, die der auch so „freiwillig gekaufte polnische Staat“ den Deutschen drüben eingeräumt hat. Das sollen sie haben! Die preussische Regierung sollte endlich einmal dieser dringenden Forderung des Polenbundes nachkommen. Die polnische Schulreform bietet einen günstigen Anlaß hierzu.

Die deutsche Minderheit in Polen hat durch ihren Vertreter, den deutschen Schönbögenbateren Grafen von Bülckeband, eine Schulbeschwerde zu ihrer Schulbehörde überreicht lassen. Die Schulbeschwerde befaßt sich mit der im September u. S. erfolgten Schließung des deutschen „Progymnasiums in Virdschau, dessen Wiedereröffnung kürzlich vom polnischen Kultusministerium endgültig abgelehnt worden ist.

Verflechtung der Memelfrage.

Während der Völkerbund als „berufen“ Instanz zum Schutz der memelländischen Rechte seine Zeit mit der Aufstellung eines juristischen Gutachtens verbrachte, ging die Vervollständigung des Memellandes durch die Litauer ungestört ihren Gang. Die litauischen Behörden haben ihrer für den 16. Februar in Aussicht genommenen „March auf Memel“ vorerst unterlassen; das bedeutet jedoch keineswegs, daß Romo seine Memelpläne aufgegeben hat. Es ist im Gegenteil fester denn je entschlossen, die Memelautonomie restlos zu befestigen und sich über alle Verpflichtungen, von deren Anerkennung seine Souveränitätsrechte im Memellande abhängen, hinwegzusetzen. Romo hat auf die Anwendung offener Gewalt vorerst noch zu diesem verzieht, weil es hofft, daß die stillschweigende, schrittweise und unauffällige Entredung und Vitauisierung des Landes in Deutschland nicht denselben empfindlichen Widerstand machen werde, wie ein „March auf Memel“, der auf die deutsche Öffentlichkeit wie ein flammendes Signal wirken würde. Neuere Zielsetzungen belegen aber, daß Litauen unter der Hand doch noch einen militärischen Putz im Memellande vorbereitet. Die Ausgabe von Zivilkleidern an litauisches Militär deutet darauf hin, daß dieser Putz, ähnlich wie der litauische Überfall auf Memel im Jahre 1923, von deutschlaubigen aktiven Crappen mit Unterstützung der militärisch organisierten Schutzvereinigungen durchgeführt werden soll. Auch die Entlassung eines Dausburgers von Romo in ein Memelgebiet läßt erkennen, daß die Litauer sich durch den Völkerbund nicht imponieren lassen, weil sie aus Erfahrung wissen, daß von dieser Stelle schlimmstenfalls eine „ernte Abmahnung“ mit erheblichem Seisegeringer zu befürchten ist. Jannus hat in Genf bereits die Auflösung des memelländischen Landtages angekündigt, aber die Sache offen gelassen, es sei noch einmal zu einer Renewal kommen müßte. Es ist also nicht zu bezweifeln, daß Litauen auch die meiste Säule der memelländischen Selbstverwaltung, den Landtag, durch einen neuen Rechtsbruch befeitigt.

Ansehts der „bewährten“ Verflechtungspraktik des Völkerbundes, der im März 1923 Schaffung kollidierender Zustände durch die Litauer, die bei der Anwendung des Völkerbundes die deutsche Öffentlichkeit in weit größerem Maße hinter sich hätte, als wenn sie noch weiterhin den unfruchtbareren Pfad unternimmt, in Genf zu ihrem Recht zu gelangen. Gegenüber der dort befolgten Methode, einen flagranten Rechtsbruch durch ein Kompromiß „aus der Welt zu schaffen“, ist es notwendig, mit allem Nachdruck festzuhalten, daß ein hundertsprozentiger Unrecht nicht durch eine fünfzigprozentige Sühne wieder gutgemacht werden kann. Eine solche Methode läßt nur darauf hinaus, daß ein Teil der Unrechts durch einen Teil desjenigen, der die Verträge gebrochen hat, noch eine Sühnung für seinen Rechtsbruch erhält. Damit kann das längst erschütterte Vertrauen zum Völkerbunde nicht wiederhergestellt werden. „Wir wollen“, so wurde im Jahre 1923 den Memelländern von Ententeleite erklärt, „wir wollen, daß die Memelländer in Deutschland zurück bleiben“, aber wir werden das mit allen Mitteln zu verhindern wissen.“ Wenn das auch heute noch die Aufstellung der in Genf maßgebenden Ententeleite ist, wenn der Völkerbund einen der wesentlichen Grundpfeiler, auf denen er moralisch aufgebaut ist, den Grundbaß des nationalen Selbstbestimmungsrechts, mit dieser jüdischen Offenheit unterdrückt, ist dort bestenfalls die Wiederherstellung eines Zustandes zu erreichen, der eine Wiederholung und Fortsetzung der litauischen Gewaltmaßnahmen begünstigt.

Der Bericht, den das vom Völkerbunde eingesetzte Juristenkomitee am 20. Februar vorgelegt hat, hat allen Befürchtungen Recht gegeben, die von vornherein gegen den guten Willen und die Zukunfts des Völkerbundes, hier zu helfen, ausgesprochen wurden. Wenn der Bericht feststellt, daß die anormale Lage im Memelgebiet „dringende Maßnahmen“ erfordert, „eine Verfestigung zu vermeiden“ und „den Völkerbunden die Möglichkeit bietet, ein Direktorium einzurufen“, das sich des Vertrauens des Landtages erfreut, so sind das zu dürftige Feststellungen und Forderungen, die sich geradezu als eine Herausforderung des deutschen Volkes aufgestellt werden müßten. Denn mit keinem Worte wird der doch offensichtliche Rechtsbruch Litauens erwähnt und verurteilt. Mit keinem Wort ist davon die Rede, daß der litauische Gouverneur des Memellandes, Merks, zurücktreten soll, daß der vor dem Putz vom 6. Februar bestehende Zustand wieder hergestellt, Wähler und sein Landesdirektorium wieder in ihre Ämter eingesetzt werden sollen. Ganz im Gegenteil hat sich das Juristenkomitee alle Mühe gegeben, die ganze Memel-Angelegenheit trotz ihrer von Deutschland mehrfach betonten Dringlichkeit zu verflechten; es hat den Signatarmächten des Memelstaates empfohlen, die Frage, ob Landespräsident Wötter von den Litauern in die Verantwortung für die Verflechtung des Memelstaates, die von Saager Gerichtshof prüfen zu lassen. In dieses Saager Gutachten ergab, werden Wochen, vielleicht Monate vergehen, so daß den Litauern reichlich Zeit zur Fortsetzung ihrer autonomen- und deutschfeindlichen Politik im Memellande bleibt. Die deutsche Regierung hat die diplomatischen Vertretungen in Rom, Paris, London und Tokio beauftragt, bei den dortigen Regierungen in dem Sinne vorzulegen zu werden, daß diese als Signatarmächte des Memelstaats so

halb wie möglich eine Entschädigung des Saager Gerichtshofes herbeiführen und die Rechtswidrigkeit der Ablegung des Memellandpräsidenten Wötter anklagen. Wenn sich die deutsche Regierung bei der Behandlung der Memelfrage auf das Memelstaats stützt, scheint ihr z. S. in der Tat keine andere Möglichkeit der Einwirkung zu bleiben, als die erwähnte Frage, ob der Art. 11 des Memelstaats die einzige und die schärfste Handhabe ist. Es handelt sich bei dem litauischen Vorgehen ja nicht bloß um eine Verletzung des Memelstaats, das nach der Meinung des litauischen Außenministers der deutschen Regierung keine Handhabe gibt, diese Sache vor den Rat des Völkerbundes zu bringen, sondern es handelt sich hier auch darum, daß die Saager Regierung Maßnahmen getroffen hat, die das nationale Empfinden ganz Deutschlands verletzen und somit in einer gefährlichen Ausprägung des deutsch-litauischen Verhältnisses führen. Im Art. 11 des Memelstaats ist die Verantwortung für die Memelfrage festgehalten, daß jedes Unbegünstigte das Recht hat, in freundschaftlicher Weise die Aufmerksamkeit der Bundesversammlung oder des Rates auf jeden Umstand zu lenken, der von Einfluß auf die internationalen Beziehungen sein kann und daher den Frieden oder das gute Einvernehmen zwischen den Nationen, von denen der Friede abhängt, zu stören droht.“ Dieser Satz ist hier gegeben. Deutschland hat also die Verantwortung für die Memelfrage vor der Rat, eventuell nur die Vervollständigung des Völkerbundes zu bringen und hier die Volksabstimmung für das Memelland, also die offene Lösung der Memelfrage, zu fordern, die die Gewähr dafür gibt, daß die Rechte der Bevölkerung im vollen Umfange gewahrt werden.

Der Völkerbund hat die Memelangelegenheit lediglich als eine juristische, nicht aber, wie es notwendig ist, wenn man ihr gerecht werden will, als eine politische Frage behandelt. Sätte er dem Willen gehorcht, sie politisch zu behandeln, dann hätte er an dem Beschluß, den der Memelländische Landtag am 17. Februar im 123 gegen 4 Stimmen gefaßt hat, mit dem Stimmen aller Parteien gegen die Stimmen der vier großlitauischen Abgeordneten, also mit Selbstbestimmungsrecht, nicht nur Untaugenommen, in dem er „nachdrücklich und feierlichen Protest gegen die seit dem 6. Februar erfolgten Eingriffe des Gouverneurs in die autonome Rechte des Memelgebietes“ erhebt. Es heißt in dem Antrag schließlich: „Der Landtag des Memelgebietes fordert die sofortige Aufhebung aller Gewaltmaßnahmen in dem Memelgebiet.“ Der Präsident Wötter hat inzwischen selbst seinen Rücktritt erklärt, so daß — unbefehdet das vom Saager Gerichtshof zu erstattenden Gutachten — über seine gesamtliche Amtsenthebung durch den Gouverneur Merks — der Weg zu seiner Wiederberufung durch den Landtag freigegeben ist.

Der Beschluß des Memelländischen Landtages bedeutet nichts anderes, als daß die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung jede engere Verbindung des Memellandes mit Großlitauen ablehnt, das bei anderer Gelegenheit der Sprecher der Großlitauen im Landtag, Rechtsanwalt Dörner, selbst als ein „schlafendes Land“ gekennzeichnet hat. Wer das Memelland kennt, weiß, daß hinter diesem Beschluß dessen notwendiger Wunsch steht, ins Deutsche Reich zurückzukehren. Litauen hat keine völkischen Rechte geltend zu machen. Seine wirtschaftlichen Interessen sind durch eine vertragliche Regelung seiner Transitrechte zu befriedigen. Es braucht nicht zu befürchten, daß ihm der Hofen von Memel, wenn er wieder zum Deutschen Reich gehört, verschlossen sein wird und daß ihm dort irgendeinmalige Schwierigkeiten bereitet werden. Es ist der Wunsch Memels selbst, mit seinen litauischen Hinterland in geordneten Selbstbestimmungsleben zu leben; aber es ist nicht sein Wunsch, diese Bedingungen mit der Preisgabe seiner völkischen Selbständigkeit zu erkaufen.

Ostbund-Rundgebung zur Memelfrage.

Von den zahlreichen Rundgebungen örtlicher Ostbundesorganisationen zur Memelfrage, geben mit nachstehendem die des Landesverbandes Westpreußen, des Ostpreußenverbandes, Westpreußen, Ostpreußen, Ostbundes gibt in seiner heutigen Jahresversammlung (13. Februar) einstimmig mit großer Entschiedenheit seinem Absichten darüber Ausdruck, daß Litauen unter Bruch des Memel-Statuts es mag, kerndeutsches Land und mehrere deutsche Volksgenossen in vorgezogenen und damit jedem Recht und jeder Gerechtigkeit hohnschändend ins Gesicht zu schlagen. In dem ostpreussischen Grenzland ist die Empörung gegen den litauischen Despotismus auf das höchste gestiegen, und es wird mit aller Bestimmtheit von der deutschen Reichsregierung erwartet, daß sie alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel und in Anwendung bringt, um deutsches Land, deutsche Kultur zu wahren und den deutschen Stammesgenossen Recht und Schutz zu gewähren. Wir sprechen erneut mit allem Nachdruck die Ermortung aus, daß sich die Reichsregierung ihrer Aufgabe und Verantwortung gegenüber der großen Gefahr bemußt ist, von welcher der deutsche Osten mit der Herausforderung durch Litauen bedroht wird. — Der Vorstand des Landesverbandes Westpreußen des Deutschen Ostbundes.

Wirtschaftsruin infolge der Deutschenverdrängung.

Die Wirtschaftsvorgangskationen der westpolnischen Wojewodschaften haben eine Denkschrift über die Notlage der Westprovinzen ausgearbeitet und ein Programm der dringlichsten Maßnahmen wirtschaftlicher, finanzieller und verwaltungsrechtlicher Art aufgestellt. Ein besonderer Nachdruck soll diesem Notruf dadurch verliehen werden, daß die Denkschrift demnächst unmittelbar dem Staatspräsidenten Molicki vorgelegt werden wird. Das führende Warschauer Wirtschaftsblatt „Gazeta Handlowa“ schreibt hierzu, „Polen und Pommern seien die bienenigen Gebiete, die durch die Verschmelzung mit den anderen Bundesstaaten Polens am meisten zu verlieren haben und insbesondere auch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise am empfindlichsten zu spüren bekommen. An dem Vorberand heißt das Blatt die Folgen der Polonisierung des Wirtschaftslebens in den Westprovinzen. Der Übergang wirtschaftlicher Unternehmungen aus deutschen in polnische Hände habe sich in einem sehr schnellen Tempo vollzogen. Rastlos habe sich indessen ausgeweitet, daß dies ohne genügende finanzielle Mittel geschah. Es liege verhältnismäßig leicht gemessen, die in fremden, d. h. deutschen Händen befindlichen Betriebe zu erwerben, dagegen liege deren Weiterführung ohne ausreichende Betriebskapitalien, geschweige denn Reservekapitalien, die genügt gefüllt hätten, sofort auf große Schwierigkeiten gefolgt. Heute in der Zeit der ungünstigen Konjunktur erwieise sich diese Vorgänge als in ihrem Folgen verhängnisvoll. Von neuem Kapitalzufluß könne gegenwärtig keine Rede sein, wobei besonders die Lage des Handels fährerig liege. Die Banken würden nicht in der Lage, den westpolnischen Wirtschaft die notwendigen Kredite zu bringen, da die Kreditpolitik der Notenbank sowie der laualichen Banken den besonderen Bedürfnissen der Westprovinzen keine Rechnung trage. Zum Schluß weist das Blatt darauf hin, daß Polen und Pommern zu den teuerlich meistbelasteten Gebieten Polens gehören. Von der Weizenabgabe Polen allein würden 10,4 v. H. der gesamten Einnahmen an direkten Steuern aufgebracht. Die polnische Finanzpolitik dürfe die Westprovinzen sehr nicht mehr, wie bisher, ausschließlich als finanziell aktiver Bundesstaat betrachten.“

Das führende polnische Wirtschaftsblatt behauptet also, daß die Verdrängung des deutschen Bevölkerungselements aus Polen und Westpreußen schwere wirtschaftliche Schäden für diese Gebiete heraufbeschworen hat, und gibt auch zu erkennen, daß die Verdrängung von Deutschen Reichs und die gewaltsame Verkopplung mit dem wirtschaftlich und sozial weit tiefer Lebenden übrigen Polen diese Gebiete in eine wirtschaftlich unüberwindliche Lage gebracht hat. In dieser Lage gibt es nur einen Ausweg: Rückkehr zum Deutschen Reich, aus dem die persönlichen und materiellen Kräfte stammen, die in diesen Gebieten den Wohlstand begründet haben, den der Völk heute nicht zu fördern und zu heben, sondern nur auszubehalten und zu misbrauchen verheißt. Doch dieser trüben Erfahrungen, die sich ein ernstes polnisches Blatt, wie es die „Gazeta Handlowa“ immerhin ist, nicht scheut anzugehen, sind die polnischen Gewerkschaften zum Schluß des laualich protegierten Weltmarktwereins und Ausschüßensvertrages gerade jetzt, wo die Not am höchsten liegt, wieder dabei, Sturm gegen die Deutschen in den Westgebieten zu lauen — weil ihrer Ansicht nach diese Deutschen und nicht ihre eigene verblendete Politik am wirtschaftlichen Unglück Polens die Schuld tragen sollen! (Hat doch eine Abordnung des Weltmarktwereins alle Ministerien und Behörden eine umfangreiche Denkschrift überreicht, in der vorge schlagen wird, daß in Polen, Pommern und Oberholländern sämtlich Deutschen aus ihren Stellungen entlassen und auf andere Weise angestellt werden. Solange es nach einem polnischen Arbeitslosensgesetz, dürfte kein einziger Deutscher Stellung haben. Sämtliche Firmen sollen durch Gesetz gezwungen werden, an Stelle der Deutschen Polen einzustellen.)

Um einzeln wird über den Wirtschafts Niedergang Polens und Pommerns in der „Gazeta Handlowa“ u. a. folgendes gesagt: Infolge der geringen Zahlungsfähigkeit der Landwirtschaft gehen die Verlüste der Landmaschinenindustrie und des Landmaschinenhandels in die Tausende von Millionen Zloty. Es geht eine Reihe großer Firmen, die im Jahre 1930 die zu 2 Millionen Zloty umschlingende Zahlungsverpflichtung der Landwirtschaft abschreiben mußten. Ein charakteristisches Zeichen des Rückganges der Umstärker der landwirtschaftlichen Betriebsführung in Pommern und Polen ist ferner das vollkommenere Aufhören einer Nachfrage für Dampfzylinder. Der Landmaschinenhandel befindet sich in völliger Liquidation. Das gleiche gelte für die Mälleinmaschinenindustrie, die unter der Auslandskonkurrenz leidet, vor allem unter der schlesischen und deutschen, und auch dem Stahlbau, den Ausschüßensvertrag in der Zukunft bei der Holzindustrie würde die Herstellung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes zwischen dem ehemals deutschen Gebieten und dem übrigen Polen in hohem Maße aus. Da die Mehrheit der Forste Westpolens Staatsforste sind, ist die westpolnische Holzindustrie von der häufig unangenehmen Preispolitik der laualichen Forstverwaltung vollkommen abhängig. (Im Zeilen der guten Konjunktur wurden die Holzpreise so hoch festgestellt, daß eine Ausnutzung der

günstigen Konjunkturlage für die Pommerschen und Poleser Holzindustrie unmöglich war. Es wurde eine vollständige Umgestaltung von etwa 150 v. H. im Vergleich zu den Holzpreisen durchgeföhrt, auf der anderen Seite aber wurde das polnische Holz zu ungünstigen der Pommerschen und Poleser Holzindustrie bevorzugt. Während das billige Holz Ostpolens zu niedrigen Preisen über Königsberg ausgeführt wurde, wurden keine Maßnahmen dafür getroffen, dieses billige Rohmaterial zur Verarbeitung nach Polen und Pommern zu lenken.) Ähnlich wie bei der Holzindustrie liegen die Dinge bei der keramischen Industrie. Die Erzeugung von Dreiarbeiten in Meliorationen vollkommen aufgehört. Die Ziegelstein Weltpreussens und Polesens, die eine Erzeugungskapazität von einer Milliarde Stück Ziegel jährlich besitzen, seien nur zu geringen Bruchteilen ihrer Produktionskapazität ausgenutzt, da die Benützung vollkommen billige und die Verwendung von Baumaterial auf der Eisenbahn mit alleiniger Ausnahme von Gütern infolge der Höhe der Eisenbahntarife unmöglich liege. Außerdem kommt der Verbruch von Pommerschen und Poleser Ziegeln in Königsberg und Ostpreußen deshalb zu in geringem Maße in Frage, weil in diesen Gebieten die in größerem Umfange sonst normalisierten russischen Ziegel Verwendung finden. So müße selbstgeht werden, daß sich der Prozeß der Vereinigung dieser Teilgebiete mit dem polnischen Gesamtstaat ungünstig auf die industrielle Erzeugung Westpolens ausgewirkt habe. Dann schließt die „Gazeta“ anermittelt und offenbar nur, um sich gegen den Vorwurf der Grenzverlebensrückständigkeit zu sichern, mit folgenden Worten, die nach dem vorher Gesagten merklich ungenügend klingen: „Doch ist schließlich auch für Westpolen die Vereinigung mit dem Gesamtstaat günstig gewesen (?), weil nur auf diesem Wege eine Emanzipation von der deutschen Wirtschaftsübermacht möglich war.“ (?) Es fragt sich nur, ob die Wohlgebiete selbst irgendwelchen Wert darauf legen, von der deutschen Wirtschaftsübermacht „befreit“ zu werden. Sie werden sicherlich sehr gern wieder an ihr teilnehmen und auf die Zugehörigkeit zur polnischen Volkswirtschaft, die ihr schon während jüngerst und Opfer zumutet, verzichten.

Vor dem Abbruch der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen?

Die am 1. Januar in Kraft getretenen polnischen Einfuhrverbote umfassen 70 Hauptpositionen mit insgesamt 220 Unterpositionen. Besonders stark betroffen von diesen Einfuhrverboten sind die deutschen Importe nach Polen, und zwar vor allem in folgenden Warenkategorien: Chemischsulfate, Dörme und Rohstoffe, Handwerkszeuge, Maschinen und Apparate verschiedener Art, Elektromaterial, Gürtelgarn, Installationsmaterialien, Radiogerät, Papier und Papp usw. Die Erlaubnis für die Einfuhr kann der polnische Minister für Handel und Industrie erteilen, wobei die Einfuhrerhebung quartalsweise vornehmlich nur polnischen Handelsfirmen der ersten Ränge erteilt wird. Sinequid non polnifizieren die Zulieferer, gegeben worden, daß man bei der Vergabung dieser Kontingente die Einfuhr aus Deutschland ausstellen nicht diskriminieren würde. Doch berichtete das gut informierte „Poleser Tageblatt“, daß sich die Kaufleute, die aus Deutschland importieren, sehr über die Nichtbefriedigung und „Abweisung ihrer Kontingentforderungen zu beklagen haben. Einer ganzen Reihe von Agenten und Vertretern großer deutscher Firmen sind Einfuhrkontingente glatt abgefallen worden. Nach Feststellungen des „Poleser Tageblatts“ ist nicht ein einziger Fall bekannt geworden, in dem seit dem 1. Januar ein Objekt aus Deutschland ein Einfuhrkontingent gewährt wurde. Damit nicht genug: Äußere Meldungen aus Warschau belagen sogar, daß man sich in dortigen Regierungskreisen mit der Absicht trägt, die deutsche Einfuhr durch weitere Zollserhöhungen und Einfuhrverbote noch weiter zu droffeln und gegebenenfalls die Einfuhr aus Deutschland vollständig zu sperren. Das würde den Polken einen Abbruch der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen bedeuten, da Deutschland diese polnische Maßnahme notgedrungen mit einem generellen Einfuhrverbot für polnische Waren beantworten müßte.

Da sich die polnische Regierung offenbar an die Zulieferer, die je Deutschland kein Inkrafttreten der Einfuhrverbote hinsichtlich einer entgegenkommenden Handhabung der Kontingentgewährung gegeben hat, nicht gebunden fühlt, liegt aus für die deutsche Regierung kein Anlaß mehr vor, mit entsprechenden Gegenmaßnahmen gegen die polnischen Handelsfirmen zurückzuhalten. Deutschland hat wohl im Handel mit Polen, wenn die polnischen Einfuhrverbote weiter die Wirtschaft des Reichs nicht weiter mit allem nicht zu vertieren. Dagegen hat Deutschland in der polnischen Ausfuhr hinter England immer noch an zweiter Stelle. Deutschland befindet sich also, wenn Polen eine neue Verschärfung des Handelskrieges heraufbeschwört, in einer verhältnismäßig günstigeren Lage als Polen. Die deutsche Reichsregierung hat es also wohl in der Hand, die Polen zur „Wendung zu bringen. Die neuen Zollmaßnahmen der Reichsregierung scheinen geeignet, in diesem Sinne zu wirken.

Ostpreußens Wirtschaftsverkehr mit Polen.

Da die polnische Außenhandelsstatistik Ostpreußen nicht besonders berücksichtigt, so ist man zur Feststellung des Handelsverkehrs zwischen Polen und Ostpreußen auf die polnische Güterbewegungsstatistik angewiesen, die zunächst nur den Eisenbahngüterverkehr umfaßt. Der Verkehr auf den Binnenwasserstraßen zwischen Ostpreußen und dem polnischen Wirtschaftsgebiet ist gering; im wesentlichen beschränkt er sich auf den Holzfachverkehr nach Danzig. Die Güterbewegungsstatistik zeigt doch mit einiger Vollständigkeit den Warenumsatz zwischen Ostpreußen und dem polnischen Wirtschaftsgebiet außer Danzig. Es folgt aus der Art dieser Erhebung, daß hier keine wertmäßigen Handelsbilanzen, sondern nur mengenmäßige Förderungsverhältnisse gegeben werden können. Immerhin ist die Aufstellung, die polnische Seite zeigt für das Jahr 1930 bekanntzugeben und die sich auf die gewöhnlichen Handelsfindungen ohne Einfuhr erstreckt, bemerkenswert genau.

Insgesamt wurden im Jahre 1930 nach Ostpreußen aus Polen 437 504 Tonnen Waren eingeführt, dagegen nur 9599 Tonnen aus Ostpreußen nach Polen ausgeführt. Dieses Mißverhältnis im Handelsaustausch ist lehrreichermaßen eine unmittelbare Folge des deutsch-polnischen Zollkrieges, wobei immerhin die Feststellung von Wert ist, daß sich Polen tatsächlich polkoinnen von allen ostpreußischen Waren im Wert fast doppelt mehr importierte als Ostpreußen ganz erhebliche Mengen Waren nach Ostpreußen herbeigekallt werden. Wie groß der Rückgang der ostpreußischen Ausfuhr nach Polen im Vergleich zu der Zeit vor dem Kriege ist, geht daraus hervor, daß im Jahre 1913 Ostpreußen auf dem Eisenbahnege in das Gebiet des heutigen polnischen Staates über 400 000 Tonnen ausfuhrte, während heute kaum 10 000 Tonnen aus Ostpreußen dorthin befördert werden. Dagegen ist die Aufnahme polnischer Erzeugnisse in Ostpreußen im Vergleich zu der Zeit vor dem Kriege trotz des Zollkrieges sogar geblieben, denn während Ostpreußen 1913 aus Westpreußen, Polen und Kongregolen nur 425 000 Tonnen auf dem Bahnwege erhielt, ist diese Menge 1930 trotz des Zollkrieges auf 437 000 T. angewachsen.

Eine Vergleichung dieser Mengen des ostpreußisch-polnischen Handels zeigt, daß die Einfuhr Ostpreußens aus Polen im wesentlichen auf drei Gütern beruht: Holz, Rohle und Kleie. Von den

437 000 Tonnen ostpreußischer Einfuhr aus Polen waren nicht weniger als 360 000 Tonnen (82 v. H.) Holz- und Holzwaren, die im wesentlichen über Prothen zur Weiterverarbeitung an die Königsberger Zellstoff- und Holzverarbeitungsindustrie gingen und vorwiegend aus dem ostpolnischen Gebiet (Wina) stammten. An Rohle wurden 22 200 Tonnen vorwiegend über Dr.-Gleim aus Ostpreußen eingeführt. Die Kleie-Einfuhr erreichte die Höhe von 20 100 Tonnen. Geringer ist die polnische Einfuhr anderer landwirtschaftlicher Erzeugnisse: Hafer 3652, Hülsenfrüchte 8102, Okudun 332, Rübenschnitzel 437 Tonnen. Mengemäßig nicht sehr bedeutend, aber bei ihrem hohen Wert ins Gewicht fallend ist die polnische Einfuhr von Erdäckererzeugnissen nach Ostpreußen. Es wurden nach Ostpreußen aus Polen eingeführt 242 Tonnen Rohöl, 490 Tonnen Benzin und Gasöl, 495 Tonnen Petroleum und 382 Tonnen Mineralöle. Zu erwähnen ist noch die recht bedeutende Kohlsalzeinfuhr mit 4230 Tonnen. Die Einfuhr von Rohhäuten mit 1125 Tonnen, die Einfuhr von Kreide mit 455 Tonnen, Kacheln 881 Tonnen, Eisen und Eisenwaren 575 Tonnen, Dachpappe 357 Tonnen und Textilien 657 Tonnen. Die Mengen der industriellen Einfuhr Polens nach Ostpreußen sind, wie die Aufstellung zeigt, also nicht gering.

Ostpreußens Ausfuhr nach Polen betrug in dem gleichen Jahre 1930 auf dem Eisenbahnege nur ganz 10 000 Tonnen. Von dieser Menge entfallen 2365 Tonnen auf Säure, 147 Tonnen auf Lumpen, 1130 Tonnen auf Gerbstoffe, 260 Tonnen auf Eisen und Eisenwaren, 379 Tonnen auf Erde und Kies, 80 Tonnen auf Pflanzenöle, 100 Tonnen auf Rübenschnitzel. Dazu kommen noch 3499 Stück Schweine, die Ostpreußen nach Polen ausfuhrte. Alles in allem ist die ostpreußische Ausfuhr nach Polen nicht nur mengenmäßig sehr unbedeutend, sondern auch wertmäßig ganz außerordentlich niedrigwertig. Vergleicht man damit den sehr im außerordentlich hohen Güterverkehr zwischen Ostpreußen und Westpreußen-Polen, aber auch mit Kongregolen, dessen Umfang anfangs angedeutet wurde, so geht daraus hervor, in wie starkem Maße einmal die Korridorgrenzziehung an sich, zum anderen die ostpreußenfeindliche Wirtschaftspolitik Polens den Handel Ostpreußens nach Polen lahmgelegt hat. Dr. P. B.

Von Strasburger zu Papée.

Wie schon gemeldet, ist der bisherige diplomatische Vertreter Polens in Danzig, Minister Dr. Strasburger, von seiner Tätigkeit als Mitglied des Reichstages zurückgetreten. Es war in der Zeit seiner Amtstätigkeit mein Freund aus Polen erlobt. Es ist acht Jahre lang das Objekt für den politischen Betätigungsdrang Strasburgers gewesen. Als dieser im Jahre 1924 seinen Vorgänger, Dulcinski, im Amt ablöste, hofften gewisse Kreise der freien Stadt, er würde als ein Mann, der an deutschen Hochschulen studiert hat und sich durch umfassende Wirtschaftskennntnisse auszeichnet, die Wichtigkeit eines Ausganges der Interessen polnischer Danzig und Polen erkennen und sichern helfen. Strasburger hat diese Erwartungen nicht erfüllt. Er hat den Danzigern die Denize: „Nebst Wirtschaft, weniger Politik“ gegeben, um um so besser das Gegenteil hieron tun, d. h. unter Mißbrauch der wirtschaftlichen Abhängigkeit Danzigs von polnischen Hinterland mehr Politik treiben zu können. In seiner Amtszeit entfalteten sich in voller Schärfe die Streitfragen der Eisenbahnerverwaltung, des Arbeitsmarktes, der Konflikt um die Anerkennung polnischer Güllnisse und Diplome in Danzig und vor allen Dingen der immer wieder benötigte Auslass des Stängens Hafens, der Druck der gegen die freie Stadt gerichteten Wirtschaftsmaßnahmen, nämlich der Subdikats- und Exportprämienpolitik, und die Frage des Port d'attache. Sein Werk fand ferner die Landungsmaßnahmen polnischer Kriegsschiffe, die Entsendung polnischer Marinopatrouillen in die Straßen von Danzig, der Klagenartung Polens auf Erlass von 45 Mill. Jlotz angelegter Schadensansprüche und zuletzt die polnische Minderheitsklage auf Grund des Artikels 35 des Pariser Abkommens, mozu noch die tiefen Resonanz des vergangenen Jahres im Zusammenhang mit dem Fall Gengerli und der Affäre Zerkuj hinzukommen.

Ein englischer Erfolg blieb jedoch der Politik Dr. Strasburgers verlost. Seine Politik hat in den jüngsten Entscheidungen des Haager Gerichtshofes, in denen Polen mit seinen Klagen in bezug auf die polnische Minderheit in Danzig und auf die Frage des Anlegerszins für polnische Kriegsschiffe im Hafen der freien Stadt abgelehnt wurde, empfindliche Schlägen ertitten. Bei der polnischen Regierung und vor der polnischen Öffentlichkeit nur seine Stellung damit unhalbar geworden. Es kam als jetzt gehen, daß die letzten Urteile des Haager Gerichtshofes die eigentliche Ursache für die Demission Strasburgers sind. Dieser spricht auch, daß, wie die „Berl. Morgen-Bl.“ aus zuverlässiger Quelle weiß, das Rücktrittsgelübde Ministers Strasburger bereits vor mehreren Monaten eingereicht worden ist, aber erst jetzt bewilligt wurde.

Während Abordnung kommt der Entlassung zu, daß zum Nachfolger Dr. Strasburgers der bisherige polnische Konsul in Danzig, Dr. Papée, ernannt werden ist. Kosimii Papée, Sohn eines Krakauer Universitätsprofessors,

geniebt in Polen den Ruf eines der besten Kenner der Reichsfrage. Er begann seine diplomatische Laufbahn 1918 als Legationssekretär in Warschau und wurde im Jahre 1922, als er die Befugnisse des Reichslegationsrats in Kopenhagen, Ungar und Real. Jotzweiburch arbeitete er im Warthauer Außenministerium, und zwar sowohl in der West- wie in der Ost-Abteilung. Im August 1929 wurde Dr. Papée zum Generalkonsul in Königsberg ernannt, wo er sich äußerlich recht zurückhaltend und nur eine gewisse gesellschaftliche Sphäre aufzusuchen gelübt hat. Desto eifriger war er indessen hinter den Kulissen tätig, und er hat dabei der polnischen „Kultur“ propaganda und der polnischen Spionage in Ostpreußen einen sehr beachtlichen Aufschwung zu verleißen gemaßt. Angeht dieser Verdienste nerlist es sich, daß Papée in Warschau außerordentlich gut angesehen ist. Sinsu kommt, daß er alter Legionär ist und durch freundschaftliche und verwandtschaftliche Bande dem Unterstaatssekretär im Außenministerium, Oberst Beck, nahesteht, der allgemein als Vertreter einer schärferen Linie in der Außenpolitik gilt. Demnach ist nicht daran zu zweifeln, daß der neue polnische diplomatische Vertreter in Danzig die Aufgabe, einen „schärfen Kurs“ gegenüber der freien Stadt einzufolgen und sich um „Rechtsformalität“ noch weniger kümmern wird, als dies sein Vorgänger getan hat. Es ist dabei sicher kein Zufall, daß der polnische Sultemehel in Danzig in demselben Augenblick angekündigt wird, wo Titauen von seiner Politik der Abstelligkeit und der wirtschaftlichen Entschleunigung gegenüber dem „Ameiselgebiet zur Politik der vollendeten Tatsachen übergegangen ist.

Keine ausländischen Landarbeiter mehr!

Der Reichsrat stimmte am 11. Februar dem Vorlog des Reichsaussenministers zu, für das Jahr 1932 neue ausländische Landarbeiter nicht mehr nach Deutschland zu lassen. 1930 betrug das Kontingent 100 000, 1931 immerhin noch 50 000, 37 000 bis 40 000 ausländische Landarbeiter, die bereits hier sind, bleiben allerdings trotzdem in Deutschland. Ein angelehnter der enormen Arbeitslosigkeit in Deutschland sehr befremdlicher Antrag des pommerischen Provinzialvertrötters, Grafen Behr, wenigstens ein Kontingent von 30 000 ausländischen Landarbeitern zuzulassen, wurde abgelehnt. Es wird zu überlegen sein, ob die noch in Deutschland befindlichen ausländischen Landarbeiter, somit es auch im Polen nicht, nicht auszuweisen sind, wenn die polnische Regierung den Druck der Landwirten nachgibt, die Entlassung der reichsdeutschen Arbeiter und Angestellten von der Privatwirtschaft ermgung.

Polnische Minderheitenpolitik.

Aufhebung des polnischen Agrarreformgesetzes.

Nach der Annahme des Gesetzentwurfes über die Ausföhrung des Darlehnungsplanes, durch den Sejm, durch den das Agrarreformgesetz in seiner wichtigsten Bestimmung suspendiert wird, ist man in Kreisen der deutschen Minderheit in Polen sehr gespannt, wie sich der neue Zustand auf den Verfall der deutschen Minderheit auswirken wird. Nach dem Bericht auf Entzignng Deutscher im Liquidationsabkommen wurden von den polnischen Wojewodschaftsbehörden in Czorn und Posen vielach die Bestimmungen des Agrarreformgesetzes zur Entzignng deutscher Grundbesitzer angewandt. Vor allem in Pommern wurde der deutsche Grundbesitzer liberans störr, der polnische dagegen äußerst schonend zur Parzellierung herangezogen. Von dem insgesamt parzellierten Grundbesitz konnten über vier Fünftel aus deutscher Hand. In letzter Zeit ist durch die Krise der polnischen Landwirtschaft, der es ebenso wie der deutschen sehr schlecht geht, die Nachfrage nach Siedlungsland immer geringer geworden. Der Staat blieb mit riesigen enteigneten Flächen sitzen und mußte sie entweder unter großen Opfern selbst in Besitzschaft nehmen oder ihren ehemaligen Besitzern verpachten. Da das Finanzell auf die Dauer nicht zu ertragen war, ist durch das Gesetz der Staat nunmehr wieder zur Parzellierung des Grundbesitzes befreit worden, jährlich 200 000 Hektar Land parzellieren zu müssen. Die Festsetzung des Parzellierungsplanes ist vielmehr dem Ermessen des Agrarreformministers überlassen worden. Man befürchtet nun in Kreisen der deutschen Minderheit, daß die Agrarreform überhaupt nur noch gegen Deutsche angewendet wird.

Deutscher Grundbesitz für polnische Rückwanderer?

Unter der deutschen Minderheit in Pommern hat eine Reihe des Sejmangehörten Cebinka vom Regierungssekretär außerordentliche Aufregung hervorgerufen; Cebinka trat für neue räumliche Polonisierung des Korridorgebietes und Entzignng des deutschen Grundbesitzes ein. Cebinka fordert, daß die Bank Krolny (die polnische landwirtschaftliche Genossenschaftsbank) an alle polnischen Grundbesitzer und Konjula, besonders in Amerika, Vorkonferenzen schickt und dadurch polnisch in die Oberen ins Mittelmeer zieht. Die Rückwanderer hätten allerdings bisher in Polen schlecht Erfahrungen gemacht, oder wenn die Bank Krolny die Angelegenheit in die Hand nehmen würde, so würde eine Verfrachtung des polnischen Elements in den Westgebieten auf diese Weise möglich sein. Cebinka gibt offen zu, daß der deutsche Großgrundbesitz in Westpolen in Gegensatz zum polnischen Grundbesitz ganz ausgeglichen mitchiefel. Er führt das auf Unterbringung der deutschen Landwirte in Czorn als Beispiel an, was sich aus der deutschen Obhilfe zurück (??). Die deutsche Landwirtschaft in Polen protestiert mit Recht ganz energisch gegen eine solche Unterstellung. Cebinka bezeichnet das polnische Agrarreformgesetz als die wichtige Waffe Polens zur Polonisierung des Korridorgebietes. Er gibt damit zu, daß die Agrar-

reform nationalitätlichen Zielen dienstbar gemacht und einseitig gehandhabt werden soll.

Regenaten als Handlanger.

Die „Dommereller Reuße Nachrichten“, die zuerst in Konig, dann in Stargard und jetzt in Jempelburg seit knapp drei Monaten von „Dr. Hans von Helst“ (im Wirklichkeit heißt er Hugo Erselto) herausgegeben wird, ist ein typisches Beispiel der neuen polnischen Minderheitenpolitik. Das Regenaten wird in ein polnischen Druckerlei gedruckt, die Drucklegung besorgt eine polnische Behörde. Die Werbekomplett für das neue Blatt, die zu Tausenden hinausgehen, sind, wie mir schon berichtet, mit Dienstmarken frankiert und vom Starosten in Stargard bzw. in Jempelburg abgeholt. Jetzt wird sogar von polnischen Behörden unter Androhung von Nachteilen eine große Anzahl Deutscher gezwungen, das Blatt zu beziehen. Es handelt sich um eine regelrechte Erpressung. Der Starost in Jempelburg hat nämlich an zahlreiche Deutsche folgendes Schreiben gerichtet: „Seit einiger Zeit erscheint in Konig eine neue deutsche Zeitung „Dommereller Reuße Nachrichten“. Diese Zeitung hat eine gemischte Richtung und ist gegen den Staat loyal gefasst. Ich überlasse Ihnen hiermit eine Probenummer dieser neuen Zeitung und empfehle das Abonnement derselben, da sie sich im Hauze jedes loyalen Staatsbürgers befinden muß, um so mehr in Ihrem Hauze, da sie eine Monopolkonzession vom „König“ unter Monopolverhältnissen besitzt, in bedeutendem Maße aus den von der Regierung verliehenen Privilegien Nutzen ziehen und deshalb eine gegen die Regierung loyal gefasste Zeitung unterstützen müssen.“ Der Kreisstarost, ge: Ornao.

Die „Deutsche Rundschau“ in Bromberg ist in der Lage, zu beweisen, daß „von Helst“ nun heute unter seinem Namen Cebinka ein Bankkonto besitzt, auf das von polnischer Seite Einzahlungen erfolgen. Im übrigen lautet es ab, sich mit Subjekten die „von Helst“ über den Begriff „Coyalität“ auseinanderzusetzen. Das Deutschtum in Polen ist loyal, es verhält sich dem Staat gegenüber maulterb. Die Deutschen sind die besten Steuerzahler und die besten Soldaten. Spigel und Staatsorrräter haben in ihren Reihen keinen Dlab. Es heißt morthil: „Wer von uns mehr verlangt: die „Coyalität“ noch der Weisse des Herrn Cebinka, wer uns zur Aufgabe des Volkstums verleiten will, der kennt uns Deutsche schlecht, der trägt auch dem polnischen Volkstum keine Ehre ein und nicht dem polnischen Staat.“

Bemerkenswert ist es, daß dieser laubende Cebinka kein Handwerker ist, in Jempelburg wohnt, die Kreise der deutschen Minderheit noch die größte unter den polnischen. Cebinka hat die besten amtlichen Selbsterklärungen schon fast alle hier den größten Erfolg für ihre Erpresserpolitik zu verprechen. Der Kreis Jempelburg hatte bis 1920 eine 90prozentige deutsche Mehrheit. Bei den letzten Sejmwahlen erhielt die deutsche Liste noch über die Hälfte aller Stimmen, was in keinem anderen Kreise mehr der Fall war.

Das französisch-polnische Bündnis.

Die polnische Rechtspresse nimmt mit großer Begeisterung von einem Artikel Kenntnis, der in dem Hauptorgan der französischen radikalen Partei „La République“ erschienen ist und sich mit der Frage der Erneuerung des polnisch-französischen Vertrages beschäftigt. Der Verfasser des Artikels, der frühere Generalsekretär der radikalen Partei, Pfeiffer, erinnert daran, daß der Vertrag im April d. J. abzulaut und seine Erneuerung im Fall eines Wahlergebnisses der Französischen Linken ausgeschlossen wäre. Sämtliche Ausichten hätte aber Polen, wenn die französischen Wahlen erst im Mai stattfinden würden. In Paris läßt daher das Gerücht aus, daß die polnische Regierung halboffiziell im Sinn einer Verfrachtung der Kammerwahlen interessiert habe. Pfeiffer erklärt, das französische Volk wünsche diesen Vertrag nicht, der Frankreich wegen des Korridors in einen Krieg verwickeln könnte. Die radikale Partei ist bereit, den Vertrag mit Polen zu einem Handelsvertrag des Wahlplatzes zu machen und an die Französischen Wahlen mit der Frage heranzutreten: „Wollt ihr Polens wegen in den Krieg ziehen?“ Die Antwort der Wählerhoffe wäre nicht schwer voraussehen. — Der nationaldemokratische „Kurier Poyanski“ beurteilt diesen Artikel als äußerst kennzeichnend für die Stimmung der ganzen französischen Linken und wirft dem Dilludki-Regime vor, daß es durch seine „Einkassaturen“ anfänglich die französischen Rechtsparteien abgelassen habe und nunmehr durch seine innerpolitischen Bemühungen sich auch die Sympathien der französischen Linken verliert hätte.

Die Kritik am Bündnis mit Polen ist in Frankreich nicht neu. Schon früher hat es dort eine sehr lebhafte Bewegung gegen die Erneuerung dieses Vertrages gegeben. Im Sommer a. J. waren in

der Außenpolitischen Kommission der Kammer die Gegner in der Überzahl. Auch Briand mußte leben, daß eine Verlängerung des französisch-polnischen Militärabkommens nicht nur mit dem Ziel seiner Europapolitik in unvereinbarem Widerspruch stehen würde, sondern auch seine Politik der deutsch-französischen Verständigung, die auf die Dauer ohne eine Revision der unhaltbaren Grenzen im Osten nicht denkbar ist, den Endeslos geben müßte. Selbst einflussreiche Reichstaktiker wie die das jüdische Frankreich beherrschende „Petite Girande“ haben noch vor wenigen Monaten die neue Richtung an den Polen aus entzignng der Bäckempi, weil die Berechtigung des deutschen Anspruchs auf Rückgabe des Korridors nicht zu bestritten sei und Frankreich keinen Anlaß habe, sich im Schlepptr der polnischen Geulle der Gefahr neuer Vermicklungen mit Deutschland auszusetzen.

Seitdem jedoch Briand ausgetreten worden ist, ist auch in dieser Frage der Wind umgeschlagen: Auf Verreiben des französischen Generalkabs ist die französisch-polnische Militärkonzentration bereits in aller Stille und ohne vorherige Anzignng des Parlaments erneuert worden. Frankreich hat sich damit abermals zum Garanten des unhaltbaren Grenzsystems im Osten gemacht. Die französischen Militärkreise haben selbständig gehandelt, wohl weil sie fürchten, daß eine Volksbefragung wegen des Bündnisses mit Polen zwingen würde, daß dieses Bündnis der Stimmung der überwiegenen Mehrheit des französischen Volkes heute nicht mehr entspricht. Die Radikalisitische (demokratische) Partei, die dem Vertrag laut „Republique“ abgenagt ist, kann an dem Entschluß einer französischen Waffenstill für Polen nichts mehr ändern, nachdem der französische Generalkab bereits aus eigener Mautroolkenheit geschlossen hat!

Wann wird die Bahn Heiligenbeil—Zinten—Pr.-Eglaun endlich gebaut?

Von Bürgermeister

Dr. Ruprecht-Zinten.

Als Beitrag zur Förderung des ostpreussischen Wirtschaftens und der Arbeitsbeschaffung gehen uns zwei Vorhaben des Landesverbandes Preußen des Deutschen Reiches nachdrücklich anheim, die, wenn sie in der Ausführung, das sie die ostpreussische Wirtschaft an ungehöriger Stelle haben mögen, gern gemacht werden.

Der Ausbau des Eisenbahnnetzes in der Provinz Ostpreußen ist ein dringendes wirtschaftliches Erfordernis. Ostpreußen ist im Hinblick auf den Stand des Eisenbahnnetzes erheblich im Rückstand gegenüber den übrigen preussischen Provinzen. Die Provinz gehört hinsichtlich der Eisenbahnleistungen ihres Eisenbahnnetzes zu dem am schlechtesten versorgten Provinzen des gesamt preussischen Staates. Soll die Landwirtschaft in Ostpreußen in noch stärkerem Maße für die Ernährung des deutschen Volkes nutzbar gemacht werden, so ist es nötig, die Anfahrtswege zur Eisenbahn zu verkürzen bzw. das Eisenbahnnetz der Provinz zu verdichten. Als besonders notwendig ist seit zwei Jahrzehnten von den Reichs- und Staatsbehörden der Bau einer Nebenbahn im Regierungsbezirk Königsberg vom Hafen Rostock am Strichen Hof über Heiligenbeil—Zinten—Pr.-Eglaun—Dannau anerkannt.

Im Osthilfegesetz ist wiederum der Bau dieser Nebenbahnlinie vorgesehen, und im Verkehrsprogramm soll dieser Bahnban an bevorzugter Stelle stehen. Eine Reihe von Eingaben und Denkschriften ist den zuständigen Instanzen unterbreitet. Der Preussische Landtag hatte bereits durch Beschluß im Jahre 1912 den Ausbau der Strecke Heiligenbeil—Zinten und im Jahre 1913 den Ausbau der Strecke Zinten—Pr.-Eglaun genehmigt und die hierfür erforderlichen Mittel bereitgestellt. Die Bauarbeiten wurden damals fertiggestellt. Der Krieg unterbrach das Bauvorhaben. Nun sollten nach Beendigung des Krieges die Arbeiten beginnen. Der Minister der öffentlichen Arbeiten legte sogar den Termin für den Beginn des Baus auf den Monat April 1919 fest. Aber wieder geriet die Angelegenheit ins Stocken. Und so liegen die Dinge bis auf den heutigen Tag. Es ist bei Worten und Versprechungen geblieben.

Es ist nun endlich an der Zeit, den Bau dieser von den Kreisen der Wirtschaft allgemein geforderten Nebenbahn in Angriff zu nehmen. Hier ist ein Weg, Arbeit für das ganze Jahr bei Arbeitslosenzustand zu beschaffen und die Einkünfte von Unternehmern produktiv anzulegen. Die Arbeitslosigkeit hat in den beteiligten Kreisen (Heiligenbeil, Pr.-Eglaun, Vartauslaken) eine noch nie dagewesene Höhe erreicht — es sind hier etwa 6000 Arbeitssuchende

vorhanden, die dem Staat und den Kommunen in einem Monat etwa 400 000 RM. (ohne jede Gegenleistung) kosten, so daß auch in dieser Hinsicht umfangreiche Maßnahmen ergreifen werden müssen. Wenn dem hier erstrebte Projekt würde für längere Zeit ausstehend, so würde Arbeitslosigkeit gehoben werden. Die wirtschaftliche Arbeitslosenfürsorge und der freiwillige Arbeitsdienst machen die Saisonerzeugung durchaus möglich. Der beste Teil der Arbeitslosen hat die Wohlfahrtsfürsorge satt, er will Arbeit!

Die wirtschaftlichen Kräfte dieses Gebiets können erst durch den Bau der projektierten Bahn zur Entfaltung kommen. Von Kreisen Heiligenbeil und Pr.-Eglaun, die nur von Bahnhöfen in der Nord-Süd-Richtung durchzogen werden, besteht die Querverbindung. Es würde eine direkte Verbindung zwischen dem Strichen Hof, der Ostbahn, der Strecke Königsberg—Zinten—Seilsberg, der Südbahn und der Bahn Eimighagen—Gerdauen erreicht und damit die hier in sehr hoher Kultur lebende Landwirtschaft aufgeschlossen werden. Man sollte in der gegenwärtigen Notzeit kein Mittel unversucht lassen, den Kreisen der Wirtschaft diese Hilfe durch Verkürzung der Anfahrtswege — nicht weniger als 57 bestehende Eisenbahnverbindungen würden erheblich verkürzt — zu gewähren. Aus der Fülle der Vorteile wirtschaftlicher Art sollen hier genannt werden: Es kann der Kolkmart des landwirtschaftlich genutzten Bodens jetzt nicht abgefahren werden, weil sich die Kalkzufuhr zu teuer stellt; der Bahnban würde zum Mehretrag an Düngemittel beitragen und damit die landwirtschaftliche Erzeugung steigern. Durch die Bahn würden die Meisereien, die Säge- und Holzbearbeitungswerke und die Ziegenleien früher Gegend einen beachtlichen Aufschwung nehmen. Nicht unerwähnt hat die großen Steingeräte im Hinterland der Bahn bleiben, deren Abfuhr jetzt nur erspart möglich ist, deren Befahren aber im Wälderstrassenbau in Ostpreußen gebraucht werden. Die lässlichen Stadelungen, für die oberhalb die Räder der Bahn von Bedeutung ist, würden sich rentabel gestalten. Schließlich würde die Bahn den für die Kreise Heiligenbeil und Pr.-Eglaun gegebenen Hofenplan Rostock erst noch und ganz nutzbar machen. Dadurch würde auch die Fischerei großen Nutzen haben, weil der Abfuhr der Fische wesentlich erleichtert würde.

Sollten die Arbeiten nicht abgefahren werden, so sind die abgegebenen Zusage auf Unterfütterung ihrer Wirtschaft bewahrt werden, so muß der in der Vorkriegszeit beschlossene und im Osthilfegesetz vorgesehene Bahnban nunmehr endlich in Angriff genommen werden.

Der Ausbau der Osthilfe.

58 000 Betriebe im Sicherungsverfahren.

Der Reichsausschuß des Reichstags nahm eine vom Reichskommission für die Osthilfe vorgelegte Übersicht über die Organisation, den Betrieb und die Ausgaben seines Kommissionsrats zur Kenntnis. Aus den Mitteilungen des Ausschussberichtsleiters, des Abgeordneten Hartwig (Christl.-Soz.), erfährt man dabei, daß für die landwirtschaftliche Entschädigung 36 Millionen Reichsmark direkt vom Reich und außerdem noch 16 Millionen Reichsmark von den Banken für Deutsche Industrieobligationen ausgedehnt wurden. Dem Sicherungsverfahren unterliegen gegenwärtig 58 000 landwirtschaftliche Betriebe. Auf die bäuerlichen Betriebe entfallen der Anzahl nach 94,24 v. H., dem Betrage nach 56,1 v. H. der Vorkasse, auf die nicht bäuerlichen Betriebe also 5,76 bzw. 43,9 v. H.

Wieder eine neue Osthilfe-Vereinbarung.

Der Reichspräsident hat am 19. Februar eine Notverordnung zur Ergänzung der Vorschriften über die Zwangsverpfändung bei landwirtschaftlichen Betrieben und über das Sicherungsverfahren unterzeichnet. Artikel 1 bestimmt, daß bei Arbeitnehmern in landwirtschaftlichen Betrieben, die Naturalvergütungen erhalten, die ihnen als Vergütung geleisteten Naturalien sowie das davon erzielte Vieh unpfändbar sind.

Die weiteren Vorschriften der Notverordnung betreffen sich mit der Düngemittelverordnung der im Sicherungsverfahren befindlichen Betriebe. Die Regierung hat in den letzten Tagen wiederholt mit Syndikaten, Genossenschaften und Händlern verhandelt, wobei diese gewisse Forderungen gestellt haben, um für Sicherungsbetriebe liefern zu können. Diese Sicherheiten wurden jetzt durch die Notverordnung gegeben. So wird bestimmt, daß das nach der Verordnung vom 25. Januar bestehende Kreditsicherungsverfahren auch dann gilt, wenn bei Sicherungsbetrieben das Sicherungsverfahren aufgehoben wird.

Artikel 3 betrifft ein Zwangsverpfändungsverfahren für den Fall, daß Düngemittel, Saatgut oder Futtermittel von Betriebsinhabern mit Zustimmung des Erbschaftsbeschlusses bestellt wurden und die Betriebe, wenn das Sicherungsverfahren aufgehoben wird, in Zwangsverpfändung oder Zwangsveräußerung übergehen. Artikel 4 enthält Bestimmungen über das Zwangsverpfändungsverfahren, die namentlich für die Realkreditinstitute von Bedeutung sind.

Schließlich ist eine Änderung der Sicherungsordnung in dem Sinne vorgesehene, daß auch die nach dem alten Ostpreußenhilfegesetz bereits abgeschlossenen Betriebe das Sicherungsverfahren beantragen können. Diese Vorschrift entspricht einem Wunsch des Reichspräsidenten, dem aus dem Osten derartige Wünsche vorgebracht sind. Die Anträge müssen bis in 15. März gestellt sein. Ein Antrag soll unzulässig sein, wenn die Betriebe wieder in Zwangsverpfändung oder Zwangsveräußerung gegangen sind.

Forderungen der ostpreussischen Handwerkskammern.

Die Rot des ostpreussischen Handwerks hat die im Ostpreussischen Handwerkskammerrat vereinigten Handwerkskammern Königsberg, Stettin-Köslin, Stralsund, Schneidemühl, Frankfort a. O., Berlin, Pommern, Breslau, Oppeln, veranlaßt, zu einem außerordentlichen Sammelkongress in Danzig am 27. März 1931 in Danzig zusammenzutreten. Nach eingehender Beratung wurden dort von den ostpreussischen Handwerkskammern folgende Forderungen zum Osthilfeverfahren aufgestellt.

1. Die vor dem Inkrafttreten der Notverordnung vom 17. November 1931 entstandenen Handwerkerforderungen sind sicherzustellen.

2. Bei der Umwandlung müssen die Handwerkerforderungen in vollstellige Forderungen umgewandelt werden. Die in der Durchführungsverordnung vom 1. Dezember 1931 vorgesehene Sollverpflichtung „nach Möglichkeit“ bietet keine ausreichende Gewähr.

3. Die in der Notverordnung vom 6. Februar 1932 für bare Entschädigung vorgesehene 30 Millionen RM. sind ausschließlich für die Begleichung der Rechnungen des Handwerks und Kleingewerbes bereitzustellen.

4. Im übrigen sind die Handwerkerforderungen den bevorrechtigten Forderungen vorzuziehen.

5. Die Wechsel über das Sicherungsverfahren sind ländliche Landmiete nicht nur von den Privatbanken, Genossenschafts- und Sparkassen, sondern auch von den Privatbanken, Genossenschafts- und Sparkassen.

6. Mit größter Befriedigung sind dem ostpreussischen Handwerk vom Reichs- oder unter Reichsgarantie die öffentlichen Handwerke über Spar- und Genossenschaftskassen zur Verfügung zu stellen.

7. Die im Gesetz vom 31. März 1931 vorgesehene Kredithilfe für mittlere und kleine Gewerbebetriebe durch die Bank für Deutsche Industrieobligationen ist noch realisieren geblieben. Das ostpreussische Handwerk hat deshalb in dieser Art Kredithilfe kein Vertrauen.

Bundnachrichten.

Rundschreiben Nr. 2,

das am 12. d. M. ausgegeben worden ist, enthält außer den bereits in Nr. 1 erwähnten sehr wichtigen Beiträgen über Ansiedlung neuer Gemarkungen auf Weideland in Hinblick auf Forderungen u. a. wichtige Mitteilungen über die Festlegung von Kurzen der Schulbuch-Eintragungen für neuerliche Zwecke und über die Möglichkeiten von Vermögensverlusten, ferner über die Ablehnung von Weidewissen an Verdrängte durch die Abwicklungsstelle des Kreisentscheidungsamts. Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß die Rundschreiben von den Landesverbänden nur denjenigen Ortsgruppen weitergegeben werden dürfen, die mit den Beiträgen darüber im Einklang sind, und daß sie an Einzelpersonen nicht abgegeben werden. Die Mitglieder des Deutschen Oltbundes werden über den Inhalt der Rundschreiben regelmäßig in den Versammlungen unterrichtet.

Aus der Bundesarbeit.

Versammlungskalender.

Der Frauendienst Berlin-Brandenburg labet zur Vervollständigung des Berliner Planetariums am Dienstag, 1. März, ein Treffpunkt nachmittags 4½ Uhr vor dem Stadtbahnhof Zoo. Es erfolgt eine Führung durch das Planetarium, Vortrag mit Lichtbildern und außerdem die Uraufführung des neuen Filmes: „Um den 17. Palä“. Eintrittspreis 0,35 M. für die Person. Um zahlreiche Beteiligung wird herzlich gebeten.

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Der Frauendienst des Landesverbandes Berlin-Brandenburg hielt am 28. Januar seine Hauptversammlung ab. Bundespräsident, Landesverband und verschiedene Ortsgruppen hatten Vertreter entsandt. Es wurde der Jahresbericht gegeben, der ein Ergebnis zeigte, mit dem man trotz der Not der Zeit zufrieden sein darf. Der Anfang des Jahres aufgestellte Arbeitsplan ist unter Vervollständigung aller Schwierigkeiten voll zur Durchführung gekommen. Der Frauendienst hat sich in Zusammenarbeit mit allen größeren bestehenden Frauenorganisationen, welche in unserem Gebiet ähnlichen Sinne wirken, der Öffentlichkeit gezeigt und die große Ausstellung in den Gärten im Zoologischen Garten: „Die Frau in Heim, Mode und Beruf“ geschaffen. Diese Ausstellung hat vielen tausenden Besuchern gezeigt, daß die deutschen Frauen aller Stände, ohne Unterschied der Parteien und Konfessionen, nur vereint im Kampfe um die Verteidigung des Deutschlands und gegen im Dienste des Vaterlandes, es verstanden, das Deutsche in Handel, Industrie, Kunst und Wissenschaft, in Beruf und Sport, allem Ausländischen voranzujagen. Außer der Mitwirkung der Frauen an der D. B. N. d. s. t. a. g. in Berlin am 1. und 2. Mai, begingen sie am 15. Mai innerhalb des Landesverbandes Berlin-Brandenburg den deutschen Muttertag in würdevoller Weise, an welchem über 400 Personen teilnahmen, veranstalteten sie im August eine Dampferfahrt, an der ebenfalls mehrere hundert Personen sich beteiligten, und fanden sie sich Ende o. J. bei einer ebenfalls reich besuchten Abendfeier zusammen. Neben der Werbung und Beteiligung an der Einwärts-Spende unseres Landesverbandes, deren kultureller Wert ein unvergessliches Gut für das Leben unserer Orts- und Jugendgruppen werden soll, umfaßte die Arbeit des Kreisverbandes noch, soweit als möglich, karitative Arbeit, Krankenpflege und Besuch, Sittlichkeit und Hilfsarbeiten in den einzelnen Ortsgruppen. Die Hauptfeier wurde im verflochtenen Jahr der Kindererziehung gedenkt. Es ist gelungen erhebliche Geldbeiträge zusammenzubringen und 25 Stretchen zur Unterbringung von Kindern in kürzester Zeit zu schaffen. Diese Sorge galt Kindern unserer deutschen Brüder aus der alten Heimat. Ein Ferienaufenthalt in deutschem Mutterlande, welches noch freies deutsches Geil und reine deutsche Sitten trägt, soll diesen Kindern Gelegenheits geben, sich in der liebenden Fürsorge ihres Volkes Kraft zu holen für den Kampf auf dem Vorposten des Vaterlandes, der auf sie wartet. Auglich sollen sie auch für sich, für ihre Eltern, Bekannten und Freunde, die noch drüben das harte Los der Unterdrückten tragen, den Glauben mit hindernehmen, daß sie von ihrem Volke nicht vergessen sind, sondern, daß trotz der

Billige Wohnungen!

Der Magistrat der Stadt Markuhlitz (Grenzmark Posen-Westpreußen) macht darauf aufmerksam, daß in Markuhlitz billige Wohnungen mit dazugehörigen Nebenräumen sowie mit reichlich Gartenland und Ställen sofort zu vermieten sind. Die Gemeindefinanzien sind geordnet, Sondersteuerungen wurden bisher nicht erhoben. Oltmärkern bietet sich hier günstige Gelegenheit, sich wieder im Osten- oder nahe der alten Heimat niederzulassen. Wir weisen auf das Inserat in dieser Nummer hin.

Spaltung und Trennung, die unantastliche Grenzen geschaffen haben, der Kampf um die alte Heimat fortgesetzt wird. Möge es im neuen Jahre nun gelingen, weiteste Kreise in unserem Volk dafür zu erwärmen, in der Fernezeit selbst einmal ein kleines Opfer zu bringen und einem jener Kinder solche unvergesslichen Ferienstage bereiten zu helfen. Raub den Angehörigen des Kaiserreiches die besten Ferienaufenthalts-gemächte. Dieser letztere sind aus folgenden Damen zusammen: Vorstehende Frau Panke und Frau Semrau, Kassiererin Frau Jacob, Schriftführerin Frau Böhm und Frau Okonjak, Beisitzerinnen Frau Stephan und Gräuelin Kampe, Kassaprisimerinnen Frau Schulz und Frau Schiads. Als Vertreterinnen im Landesverband vertrieben nach Weidewalden Frau Panke und Frau Blume. Frau Panke hatte unsere Reichsflagge mitgebracht, Herrn Dr. Chiele gebeten, unseren Frauen einen Vortrag über die letzten Ereignisse seiner Heimat zu geben. In seinem Vortrag entrollte er erschütternde Bilder von der Tragik des Deutschlands und von dem sonstigen Völkerverhaß der Polen. Besonders durch die von ihm geleiteten Wanderausstellungen hat Herr Dr. Chiele tiefen Einblick in die allgemeine Unkenntnis unseres Volkes über alles, was den deutschen Osten angeht, erlangt. Kam glaublich ist es, wie sie gerade in dem Kreise zu finden ist, deren Verantwortlichkeiten an führenden Stellen stehen und maßgebende Schritte bezeichnen. Auch Herr Dr. Chiele betont ausdrücklich, daß es nur mit Hilfe der Frauenarbeit gelingen kann, die notwendige Aufklärungsarbeit tief hinein in unser Volk zu tragen. Der Erfolg aller politischen Politik und Diplomatie ist in erster Linie der sonstigen und unermüdlichen Kleinarbeit der polnischen Mütter zu verdanken. Es wurde beschlossen, einen Auszug des Vortrages anzufertigen und diesen allen Vertrauensdamen zuzustellen, damit sie jene Katastrophe einmal in ihrem Wirkungskreis mitteilen können. Herrn Dr. Chiele wurde für seine Mühe herzlich gedankt.

Die Ortsgruppe Berlin-Hermsdorf hielt am 1. Februar in ihrem Vereinslokal ihre Hauptmitgliederversammlung ab. Der 1. Vorsitzende, Herr Rittmeister a. D. Bleeker-Kohlhaas, freute in einigen Ausführungen die augenblickliche politische Lage. Nach Bekanntgabe der Eingänge, u. a. der Einladung der Ortsgruppe Tegel zu ihrem am 13. Februar stattfindenden Gesellschaftsabend, verteilte der Vorsitzende die Mitgliedsliste über die anlässlich der Sabienwoche vertriebenen Frauen und erläuterte der 1. Schriftführerin den Jahresbericht, aus dem insbesondere die am 2. Februar 1931 abgehaltene Werberausstellung, die Gründung der Jugendgruppe, die Sabienwoche und die in der Monatsversammlungen gehaltenen wertvollen Vorträge Erwähnung verdienen. Der Pflege der Geseftigkeit dienten ein Frühlingsfest, zwei Sommerausflüge und eine Weihnachtsfeier. Die Ortsgruppe konnte ihren Mitgliederbestand merklich erhöhen. Den Rollenbericht erstattete der Schatzmeister, Herr Kux. Nach Entlassung des Vorstandes fand die Auswahl der Vorstände des Vereins der Berliner Reichsbürgerinnen statt. Der Vorsitzende, Herr Rittmeister a. D. Bleeker-Kohlhaas, der Schriftführer, Herr Röhling, und der 2. Schriftführer, Herr Wotke, wurden wiedergewählt, neu gewählt wurden als 2. Vorsitzender Herr Stubert, Dr. Öhring und als Kassier Herr Weber s. Schmidt. Ebenfalls wiedergewählt wurde Herr Ulrich als 1. Mahnenführer. Vom 1. April 1932 ab wurde der Monatsbeitrag auf 70 Pf. ermäßigt. Im Anbetracht der wirtschaftlichen Notlage werden Sittlichkeitsvorläufe nicht erhoben, dagegen wird die Ortsgruppe in nächster Zeit mit einer größeren Werberausstellung an die Öffentlichkeit treten. Die Versammlung nahm die vom Vorstande vorbereiteten Satzungen in ihrem Wortlaut an und beschloß, sie nach Genehmigung durch das Bundesprüfamt einzuführen.

Die Ortsgruppe Berlin-Mitte e. V. hielt die diesjährige Generalversammlung im Vereinslokal „Lafé Gärtner“ am 2. Februar bei voller Beteiligung, auch nichtmilitärischer Kreise, ab. Nach Erledigung der üblichen geschäftlichen Angelegenheiten wurde unserer bewährten Schatzmeisterin, Frau Wokofzer, Entlassung erteilt und unserem alten treuen Mitgliede, Herrn Wilhelm Kuka, die Ehrenmitgliedschaft verliehen. Es konnten drei neue Mitglieder aufgenommen werden, und somit noch mehr als 200 Personen. Herr S. Vogt, nach monatelanger Krankheit begrüßt. Unser 1. Vorsitzender, Herr Arthur Koch, hielt dann einen längeren Vortrag über „Kulturaufgaben des Deutschen Oltbundes“ und berichtete eingehend über die seitens des Oltbundes-Präsidenten eingeleiteten Schritte hinsichtlich der Entschädigungsfragen. Hieran schloß sich eine lebhafte Diskussion, in welche mehrere besonders interessierte Mitglieder eintraten. Es wurde beschlossen, in Zukunft ältere bewährte Reichsbürgerinnen zu nennen, dagegen nicht mehr als 200 Personen. Bei anhaltender im Anbetracht der ungewissen wirtschaftlichen Notlage Abstand zu nehmen. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Anwesenden, unserem Deutschen Oltbunde weiterhin und gerade in dieser Krisenzeit erst recht und doppelt die Treue zu bewahren. Es war mit besonderer Freude festzustellen, daß diese ansehnlichen Worten allgemeine Zustimmung folgte.

Ortsgruppe Berlin. Im Strandrestaurant fand am 24. Januar die Hauptversammlung statt, die gut besucht war. In seinem Jahresbericht führte Herr Reich aus, daß im abgelaufenen Jahre 11 Versammlungen stattgefunden haben. Das Jahr 1931 sei für die Ortsgruppe schwer gewesen, doch habe es auch nicht an schönen Erinnerungen, so insbesondere den Besuch der Answalder Ortsgruppe

am 16. August und den Gegenbesuch am 29. September. Nach der Förderung einiger Bundesangelegenheiten fand die Vorstandssitzung statt: 1. Vorsitzender: Reich; 2. Vorsitzender: Konarsky, Schriftführer: Siedler; Kassierer: Blame; Beisitzer: Rose und Zimmerman. Nachdem die wirtschaftlichen Angelegenheiten der Mitglieder zu einem gewissen Abschluss gekommen sind, kann sich der Vorstand mit mehr Kraft seiner ideellen Aufgabe zuwenden. In diesem Sinne wurde in der Versammlung auch das politische Vordringen nach Weßen, die gewalttätige militärische Kühlung Polens etc. der polnischen, der russischen, der französischen und der polnisch-führenden Politikern auch zugegeben worden. Dieser Befehl gegenüber werde der Vorstand nicht aufhören, ein wahrer und treuer Warner zu sein. Diese Ausführungen wurden von mehreren Anwesenden ergänzt durch eigene Erlebnisse und durch Mitteilungen von alten Bekannten in Polen.

Landesverband Ostmark.

Ortsgruppe Landsberg (Warthe). (Verein heimattreuer Völsner, Ost- und Westpreußen.) Die Rundgebung für die alte Heimat, die am 26. Januar im „Eldorado“ stattfand, leitete der Vorsitzende, Direktor Cettenborn, mit einer Gründungsrede ein, in der er einen Rückblick auf die Entwicklung der Ostmark im letzten Jahre gab. Leitende Staatsmänner fremder Mächte hätten anerkannt, daß der Korridor nicht so bleiben könne, wie er ist. Wie könnten daher mit einer gewissen Überduldung hoffen, daß hier allmählich eine bessere Lösung eintreten werde. Wie der Rhein im Westen, so sei die Weichsel im Osten Deutschlands Schicksalsstrom. Im Anschluß an die mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen

brachten die Herren Kaufmann Wagner (Violine) und Betriebsingenieur Bauerlochs (Klavier) die Sonatine von Schubert zu Gehör. Die sehr reich erflärten Mitglieder und Gäste folgten dem in einem gepflegten Stil vorgebeteten, immer wieder berückendsten Melodien eines Schubert mit seltener Andacht und dankten den Vortragenden mit entsprechendem Beifall. Danach gedachte Frau Danhoff in einem mit herzlich heimattreue erfüllten Vortrag des 20jährigen Ehrens. Die Rednerin schilderte in einer anschaulichen Rede die Entwicklung Ehrens aus seinen ersten Anfängen, wie vor jetzt 700 Jahren die ersten Ritter zum Osten zogen und auf pruzischen, nicht auf polnischen Boden ihren Staat aufrichteten, wie die Stadt unter dem Obdach aufblühte, unter polnischer Herrschaft verfiel und sich in pruzischer Zeit von dem tiefen Niedergang langsam wieder erholte, bis der Weltkrieg und die schlimmen Folgejahre kamen. Rednerin schloß ihre Ausführungen mit dem Wunsch, daß wir noch einmal zurückkönnen, daß unsere Heimat noch einmal wieder deutsch werde! Direktor Cettenborn dankte im Namen des Vereins der Rednerin für die zu Herzen gehenden Worte. Als weitere musikalische Darbietung folgte die Frühlingsszene von Wert-hoven und als Zugabe das Wägenlied von Schubert, wieder vortragend von Kaufmann Wagner und Betriebsingenieur Bauerlochs. Im Anschluß daran kam die feingemessene Gagesonierung der Hauptversammlung zur Erledigung. Schriftführer Dreßler gab einen ausführlichen Überblick über die Lage Vereinsangelegenheiten in den Vorlandssitzungen und Mitgliederversammlungen sowie in einer Reihe von Vortragsabenden über „Deutsche Kultur in Polen“, „Ehrens und sein Rathaus“, zwei Lichtbildvorträgen, Tanzabend, Vons-Abend und ein Weihnachtsfeier bewältigt wurde. Kassierer Herbst gab bekannt, daß die mustergheltige Führung der Kasse durch Hauptkassierer A. D. Boydt volle Anerkennung verdiene. Wie nun aus anschließenden Ergänzungsabenden zum Vorstand wurden die bisherigen Mitglieder: Gieseler, Eißner, Dargatz, Meyer, Soerke und Mintzloff wiedergebott. Zu Kassierern wurden Herbst wieder- und Jäger neu gewählt. In dem Vorstand durch ein jüngeres Mitglied zu ergänzen, wurde Willi Czekhoff neu gewählt. In den Vermögensausgleich wurden genehmigt: Der Dirigent des gemischten Chors des Vereins Lehrer Hupp, Fräulein Westphal, Heit, Zebrowsky und Förster H. Der Chor des Vereins tritt am 29. Februar mit neu eingewählten Viedern in Erscheinung. Dann legte Direktor Cettenborn vor, eine Jugendgruppe zu schaffen. Zur Beratung dieses Planes wurde ein Ausschuss genehmigt, bestehend aus: Lehrer Hupp, Fräulein Westphal, Frau Cettenborn, Frau Frentz und Frau Müller. Am 4. April findet eine gesellige Sitzung statt, in der ein Lichtbildvortrag über eine Reise durch Ostpreußen und Pommern abgehalten wird. — Rechnungsrat Czekhoff sprach noch eingehend über die wichtige Emigrantensache und Entschädigungen. Er erklärte, wenn der Ombud nicht vorhanden hätte, wäre mancher ohne Ent-

schädigung geblieben. Zum Schluß sprach Rechnungsrat Czekhoff dem Vereinsvorsitzenden Direktor Cettenborn den Dank aus, der gesamten Vereins aus für alle die Mühe und Arbeit, die dieser im Interesse des Vereins und jedes einzelnen geleistet habe. Spontaner Beifall unterstrich den Dank an den Vereinsvorsitzenden.

Landesverband Vorpommern.

Ortsgruppe Stralsund. Der Vorstand hatte zum 30. Januar die Mitglieder sowie Freunde der Ostmark in den feingemessenen geschmückten Saal des Hotels Brandenburg zu einem Kränzchen eingeladen. Einmütigkeit, frohliche Stimmung und Tanz ließen die Stunden schnell verstreifen. Für humorvolle Beiträge sorgten Herrn Wittmer, Frau Baumann und Frau Sill. Die beiden Damen boten „Eine musikalische Ehe“ zu Gehör. Der 1. Vorsitzende, Rektor i. R. Wenklich, hielt eine kurze Ansprache, die mit einem Hoch auf die Damen endete.

Die Ortsgruppe Kogelow feierte am 30. Januar im angsten Mitgliederkreise nach der vorausgehenden Hauptmitgliederversammlung ihr 15jähriges Jubiläum. Wegen der Kälte wurde von einer Veranstaltung in größtem Rahmen abgesehen. Dank der vorbildlichen Leitung und Kassenführung war die Ortsgruppe inlands, ein Essen für die Mitglieder und für die Gäste des Landesverbandes aus eigenen Mitteln zu geben. Der 1. Vorsitzende, Herr Schaffner, gab in seiner Ansprache einen Überblick über die 15jährige Tätigkeit der Ortsgruppe und wies schließlich darauf hin, wie man immer mehr frei, treu zur ostmärkischen Sache zu stehen und unserer Organisation den Rücken zu stärken im Kampf um die Wiedergewinnung unserer lieben alten Heimat, unserer deutschen Ostmark. Frau Engelmann übertrug die Grüße des ostmärkischen Frauenbundes und Preis der des Landesverbandes Vorpommern. Eine besondere Erwähnung erging an die ostmärkische Jugend, die freudig in den Dienst des Deutschen Ostlandes zu stellen, damit sie später einmal den Kampf um die Wiedergewinnung der uns entzogenen Heimat weiterführen könne. Der Jungostmärker Gerhard Schaffner dankte für diesen Aufruf und richtete die Bitte an die Eltern, die Kinder im ostmärkischen Geiste zu erziehen, damit sie sich in die Geschichte des Ostens hineinleben, die an dem Abend vertretene Jugend, die das Ziel durch erste und heitere Gedächtnisvorträge und eine Summe verheißt, erklärte sich freudig bereit, unter Führung des Jungostmärkers Gerhard Schaffner eine Jugendgruppe zu gründen. Bei frühlichem Tanz blieben die Mitglieder bis zum Morgen zusammen. Dem langjährigen Schriftführer, Herrn Drey, wurde die Ehrennadel für 15jährige Mitgliedschaft verliehen.

Landesverband Treifaak Danzig.

Der Landesverband Danzig feierte am 17. Januar ihre Jahreshauptversammlung im Hotel „Silesien“ im Saal sein Stiftungsfest. Der Beginn des gemächlichen Festes wurden wichtige Mitteilungen über die Entschädigungsfrage gemacht. Der Vorsitzende, Krause, berichtete an Hand von Rundschreiben über die Arbeit der Bundesleitung. Nach einigen Worten über die Bedeutung der Feier und nach Ablesen des Deutschlandliedes und einem Vortrag „Deutsche Ostmark“ begann mit einem steten Wähler der Kapelle des Bismarckbundes der Tanz. Begleiteten Beifall fanden die Gesänge und Tanzvorführungen der Treifaaker junger Nation.

Landesverband Wejck Magdeburg.

Die Ortsgruppe Stenbol hielt am 17. Januar ihre Jahreshauptversammlung ab. Der 1. Vorsitzende Herr Daegold begrüßte die zahlreich Erschienenen und gedachte der im Jahre 1931 verstorbenen Vöndelste, zu deren Ehren sich die Anwesenden von ihren Plätzen erhoben. Der Jahresbericht wurde vom 1. Schriftführer, Herrn Rothermann, und der Kassierbericht vom Kassierer, Herrn Gobbert, erstattet, ihnen-Jonie dem gesamten Vorstand wurde auf Antrag der Kassiererin einmütige Entlassung erteilt. Der Vorstand wurde bis auf den verpasssten Herr C. E. in an und den ausgeschiedenen Herrn Gobbert wieder gewählt; er legt sich aus folgenden Herren zusammen: 1. Vorsitzender Rudolf Daegold, 2. Vorsitzender Rudolf J. J. K., Kassierer Robert J. J. K., Schriftführer Rudolf K. F., 2. Schriftführer Gustav Rothermann, Beisitzer Otto Schewe und Friedrich Otto. Kultursprecher Konrektor Paul. Es wurde beschlossen, das in diesem Jahre stattfindende jährliche Stiftungsfest verbunden mit Chortanzaufführung, Gankgründen und Preisverteilung am 12. März im Schützenhaus (Fisch) abzuhalten. — Am 14. Februar fand die Monatsversammlung



Ostdeutsche Bild- und Buchausstellung der Buchhandlung Wolf, Darmstadt.

hatt. Für die an Polen abgetretene deutsche Gemeinde Sierakowich wurde als Beitrag zur Jubiläumfeier ihrer fast verfallenen evangelischen Kirche ein Beitrag aus der Vereinskasse bewilligt. Ferner wurde auf Antrag des 1. Vorsitzenden, Rudolf Pechold, beschlossen, die frühere Jugendgruppe wieder ins Leben zu rufen. Mit deren Leitung wurden Kulturpfleger Konrator Paul und der 2. Vorsitzende, Rudolf Wackerl, betraut. Zum Schluss der Versammlung hielt Herr Konrator Paul einen lehrreichen Vortrag über die Geschichte Auslands.

Landesverband Hessen-Raffau.

Ortsgruppe Darmstadt. Als Aufsichtsausschuss für 1932 geplanten Aufklärungs- und Wertarbeit wurde am 13. Januar um 7 1/2 Uhr abends ein Oberfestabend im Moorpark. Die vorbereitende Propaganda wurde durch besondere Maßnahmen unterstützt. Zunächst überbrachte Schriftführer Otto Lehmann den Befehrenden hymn. für die Offfragen besonders interessierten Vereinen die Einladung persönlich in deren Versammlungen und unterrichtlich die große Bedeutung der Offfragen in kurzen Ausführungen. Der Erfolg war überwiegend gut. Dann hatte sich die in sämtlicher Verkehrslage befindliche Verbindungsbahn auf Anregung des Obenannten aus mehrerer bereit erklärt, einen ihrer Schwelmer einen Nachtzug mit nach der Berganlage auszuschießen, mit Bildern obdeutscher Bauwerke sowie obdeutscher Literatur zu schmücken. (Siehe Bild) Weiterhin wies die Presse, die „Heilsche Landeszeitung“ sogar täglich in mehreren Nummern, eindrucksvoll auf den Oberfestabend hin. Als Ergebnis hatten wir dann auch einen, größtenteils von Weltmärkten besuchten, überfüllten Saal zu vereinigen. Das ist bei der Einstellung der hiesigen Bevölkerung besonders hoch zu bewerten. Der Saal war schnell gefüllt, und es waren im Raum eines mit Tauscher vorliegendes Kamerakontroll aus schließlich der verlorenen Objekte zu sehen. Die Vortragsloge wickelte sich zur Erzielung eines gewissen Eindruckes ohne Pause ab. Pansmann Murer, Frankfurt a. M., der bekannte Pianist, spielte am Klavier mit herzogerröndem Können die D-Moll-Sonate von Mozart. Schriftführer Otto Lehmann bearbeitete die Er-

gebnissen, darunter die Vertreter der Darmstädter Tageszeitungen, sprach dann in großen Zügen über die Bedeutung der Offfragen, über Wofen und Ziele des Offhandes und forderte mit warmen Worten zur Mitarbeit auf. Frau Elsa Moll sang mit fülligem Sopran, tief besetzt, die „Mahnung“ von Hermann und das durch Sibald vertonte Lied von Carl Zelle. „An meiner Heimat wird es jetzt Strahlen“. Herr Mauerer ließ am Klavier Griegs „Heddyestjagt auf Erdbaugen“ zu einem Erlebnis werden und sprach so zugleich dem großen Vogen obdeutscher Kunst von Hertrichs Mozart bis zum Rheinischen Steinmetz Südkes. Achtzehn Schriftführer empfanden und das Auditorium in den Gang ziehend, von Walter Lehmann vortragen, leitete zum Vortrag von Herrn Dr. Ebdike über: „Die Offfrage — die Schicksals- und Zukunftsfrage ganz Deutschlands“. An etwa einstufigen Ausführungen, anschaulich gestaltet, mit wenigen, aber erfüllenden Daten belegt, führte der Vortragende die immer gespannt lauschenden Zuhörer durch die uralte, heilvolle, aber immer wieder sorgfältigste Beschichte des urgermanischen Offens bis auf den heutigen Tag. Die Schicksalsfrage stellt der deutschen Ost- und Westmächte das Gemeinliche deutschen Blutes, deutschen Volkes, deutscher Vöter dar in fast atomarer Ergreifung folgenden Eintrahnen, insbesondere den Weltmärkern, immer greifbarer auf das geistige Auge. Wie ein heiliger Schwall drohte dann das gemeinlich mit innerer Überzeugung gelangene „Deutschland, Deutschland über alles“ durch den Saal. Im Anschluß formelte sich ein kleiner Kreis zu zwanglosem Besprechungen im Obernauwiesener der „Kranz“. Der Landesverbandsschreiber, Herr John, Hönau, überbrachte hier die Ortsgruppenführer, Herr Moll, und den Schriftführer, Otto Lehmann, die Ertrahnen. An den folgenden Tagen zeigten jahrelange Äußerungen von Vereinen, die aus bisher noch fernstehenden, sowie von Reichstörkern, wach tiefe, nachhaltige Wirkung unter Wandel in seinem geschlossenen Aufbau ausgeübt hatte. Nun geht es in die organisatorische Auswertung, der weitere Berganstellungen aufklärenden und verbredend Charakter folgen sollen.

Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

Persönliches.

Domberr Josef Klinko †.

Die deutsche Minderheit in Polen hat einen sehr schmerzlichen Verlust erlitten: am 23. dieses Monats, abends 8 Uhr, ist im Alter von 62 Jahren der frühere deutsche Sejmabgeordnete Domberr Josef Klinko in Polen gestorben. Der Verlorene, ein Sohn des Domberr von Posen, hat in unserer Heimat ein dankbares und treues Werk für das Deutschtum seiner Heimat erfüllt und tatkräftig eingetreten. Schon vor dem polnischen Unsturz hat er die Rechte der deutschen Katholiken im Posenen Land als Pfarrer und als Mitglied des Domberrkollektivs immer eifrig wahrgenommen, wobei er aber stets in der Achtung der Rechte und Anschauungen der Angehörigen anderer Bekenntnisse geradezu vorbildlich war, so daß er sich nicht nur in den Kreisen der deutschen Katholiken großer Beliebtheit, Liebe und Verehrung, sondern auch in allen anderen Kreisen des Deutschtums großer Verehrung erzielte.

Während des gesamten Weltkrieges weilte er an der Front als Feldgeistlicher der 46. Reserve-Division, mit der er das fürstbische Erlebnis des Krieges in guten und bösen Tagen erlitt zwei Jahre lang in Russland und dann im Westen teils, ebt kameradschaftlich und wahrhaft brüderlich zusammenwirkend mit seinem evangelischen Amtsbruder, dem jetzt in Berlin als Pfarrer der Herrstrassen-Kirchengemeinde tätigen Pfarrer Ernst Gürtler aus Posen, der oft genug auch öffentlich zum Ausdruck gebracht hat, wie sehr er in dieser schmerzlichen Zeit Herrn Domberrn Klinko schätzen gelernt und in einem mit guten Verhältnis er zu ihm gestanden ist. In der Heimat hat er, trotz seiner Eignungsschaffen, die ihn in die vorbereitende Reihe der Führer und Kämpfer der deutschen Minderheit im abgetretenen Obgebiet gebracht haben, hat Domberr Klinko auch im Seibe betätigt. Die Verleihung des Eisernen Kreuzes II. und I. Klasse brachte das auch äußerlich zum Ausdruck und bildete eine wohlverdiente Anerkennung seines Verhaltens im Dienste für Heer und Heimat. Seine frühe Mannlichkeit, sein unverwagter Mut, sein goldener Humor, der nicht unterzuckern war, machten ihn zum Feldgeistlichen aus besonders geeignet, so daß die Soldaten mit besonderer Liebe an ihn hingen. Es war ein glückliches Zusammenreffen, daß Herr Pastor Gürtler, wenn auch in vielem ganz anders geartet, doch in wesentlichen Eigenschaften mit ihm übereinstimmte, so daß die Mannschaften der 49. Reserve-Division es als ein Glück anfaßen, zwei Geistliche mit an der Front zu haben, die Gott eigens als Feldgeistliche gesalben zu haben schienen.

Als beide nach Polen zurückkehrten, trennten sich ihre Wege nach sehr kurzer Zeit, denn bald wurden beide von den Polen interniert und nach Szepietow gebracht. Auch dort konnten sie bald die allgemeine Verehrung und Achtung des deutschen Volkstroumten erleben. Seine frühe Mut, ihre nicht unterzuckrige Kraft und ihren Humor, sehr bald die trübe Stimmung der internierten Deutschen, die von den Polen in vielfach geradezu unerhörter Weise behandelt wurden, zu beben, ihren Mut neu zu beleben und die Herzen mit Guterhofft zu erfüllen. Auch alle Szepietowner werden darum mit tiefer Trauer von der Wiederkehr Kenntnis nehmen, daß Domberr Klinko, der tapfere Streiter, nunmehr dem Tod hat erliegen müssen.

Die schlimmsten Erfahrungen, die bei in Szepietowo mit den Polen gemacht hatte, hielten ihn nicht ab, nach seiner Rückkehr nach Polen sich in das politische Leben zu tätigen und sich für das Deutschtum im abgetretenen Gebiet ohne Unterchied des Bekenntnisses mannaht einzusetzen. Er wurde insfolgedessen sehr bald durch das allgemeine Vertrauen der Deutschen in den polnischen Sejm gewählt und war lange Zeit ein sehr eifriger und besonders geschäftiger Mitglied des Sejm, bis er, infolge seiner Krankheit, als Reichstörker Erzbischof in Polen geworden war, verbot er ihm 1927, bei den bevorstehenden Neuwahlen eine Kandidatur für den Sejm wieder anzunehmen. Es ist bezeichnend für seine ganze Art, daß Domberr Klinko sich kurzehand auf die Wahl setzte, nach Vom Jahr und sich gegen diese Vergewaltigung durch seinen geistlichen Vorgesetzten mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzte. Er vermochte zwar nicht zu eroischen, daß der erzbischofliche Erlaß gegen ihn zurückgenommen wurde, aber der Politik erkannte an, daß der Domberr Klinko ein Mann ist, der die Wehr gegen Herrn Klinko aufrechterhalten, es auf alle Schwierigkeiten auszuweichen mußte. So erzielte Domberr Klinko, daß auch die vielen polnischen Geistlichen aus seiner Diözese, die dem Sejm angehört hatten, nicht wieder gewählt werden konnten. Vergnügt ist der polnische Erzbischof über diesen Erfolg seines Vorgehens gegen seinen Domberrn Klinko nicht gewesen.

Nachdem ihm so die politische Tätigkeit in der Öffentlichkeit unmöglich gemacht worden war, widmete Domberr Klinko sich mehr noch als bisher karitativen Bestrebungen. Er gaberte einen Auslaß der Deutschen in den mit allen Kräften beherrschbar war, ist Mittel für die von den polnischen Behörden wenig oder gar nicht berücksichtigten bedürftigen Deutschen in Polen ohne Unterchied des Bekenntnisses aufzubringen, insbesondere auch für die Alten und Kranken, und der über die Verwendung dieser Mittel Verfügung hatte. Dabei zeigte sich die edle Menschlichkeit erneut im hellsten Licht. Sein Drang, zu helfen, war grenzenlos. Alle deutschen Brüder und Schwestern, die wochten seiner kirchlichen Gemeinschaft angehören, welcher sie wollten, fanden seinen Herzen gleich nahe. Er opferte sich buchstäblich auf im Dienst seiner Volksgenossen, und die Liebe zu ihm war um so größer, als er dasjenige, was er gab, auch in Zeiten schwerster Erbsiß lauchenden Serzens und leuchtenden Auges gab. Güte, sozialer Verstandnis und Mitleid waren der Grundzug seines Wesens. Aber trotz seiner Güte und Herzlichkeit war er ein Kämpfer für sein Volkstum von letzter Art. Nicht herausfordernd, aber unausweichig, nicht verbessend, aber das Recht des Deutschtums mit Schärfe und ohne Schonung vertretend, nicht an sich, sondern immer an andere denkend, so liegt er seine Rechte und sein Leben um für sein Volk.

Sein Schicksal für sich selbst konnte er nicht. Die Folge war, daß er sich ein schweres Hirnleiden zuzog, das seine Gesundheit völlig untergrab. Der Tod war für ihn ein Erlöser von langer Zeit mit größter Geduld ertragenem schmerzlichen Weiden.

Sein Ableben reiht in die Reihe der Deutschtumsführer in Polen eine Tücke, die kaum wieder auszufüllen ist. Durch seine Stellung und sein Wesen verstand er es in seltenem Maße, Gegenstände auszuzeichnen oder zu überbrücken. Sein kluger Rat wurde immer gern gehört und befolgt. Sein fröhliches, beherrschendes Wesen richtete andere gerade in